

DP

DEUTSCHE POLIZEI

10/21

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Getestet



Geimpft



Genesen



Gesund





In Kooperation mit der
**Gewerkschaft
der Polizei
(GdP)**

Im Einsatz für alle, **die immer
im Einsatz sind:** unsere Versicherungen.

Wer wie Sie jeden Tag unsere Gesellschaft schützt, verdient Respekt und den besten Schutz. Mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, bieten wir maßgeschneiderte Absicherung und Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA
gut zu wissen



IN EIGENER SACHE

In wenigen Tagen beginnen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern. Es steht ein stürmischer Herbst bevor. Die Experten sprechen von keinen einfachen Gesprächsrunden bis in die Vorweihnachtszeit.

Die Arbeitgeber versuchen, das Eingruppierungsrecht zu beschneiden. Sie wollen den sogenannten Arbeitsvorgang zum markanten Kernthema der diesjährigen Tarif- und Besoldungsrunde machen. Die Arbeitgeberseite sei auf Krawall gebürstet, hieß es am Rande der Pressekonferenz zur Vorstellung der Tarifforderungen.

Gerade in Pandemiezeiten zeigt sich, wie wichtig die Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist. Deshalb heißt die klare Botschaft der Gewerkschaft der Polizei in der aktuellen Tarifrunde, (gewerkschaftlicher) „Erfolg schafft Freiraum“. Erhebliche Verschlechterungen, beispielsweise bei Eingruppierungen künftiger Beschäftigter, womöglich sogar für bestehende Arbeitsverhältnisse, gilt es, mit aller Kraft abzuwehren.

Corona führte in den vergangenen ein- einhalb Jahren zu Millionen sogenannten Homeoffice-Arbeitsplätzen. Dauerhafte Isolation kann jedoch zu psychischen Belastungen mit Langzeitfolgen führen. Wie Beschäftigte und Dienstherren dieser „Zoom-Müdigkeit“ vorbeugen können, erklärt ein Psychotherapeut in dieser Ausgabe. Besonders wichtig, der Kontakt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer darf auf keinen Fall abreißen. Dinge, die sonst nebenbei auf dem Flur besprochen werden, brauchen ihren festen Platz während der Heimarbeit.

Wolfgang Schönwald
(für den urlaubenden DP-Chefredakteur)

Innenleben

- 2 Tarif stärken. Erfolge feiern.
- 2 Klar erkennbare Verbesserungen für die Beschäftigten
- 3 Klartext, bitte!
- 18 „Sprecht mit denen, die helfen euch“
- 20 Anerkennung: Corona-Infektion als Dienstanfall
- 20 Lernen, mitmachen, einmischen
- 21 Landesdelegiertentage

Titel

- 4 Alternative Milieus

Im Gespräch

- 8 Eine unversöhnliche Kluft?
- 10 Der Rechtsstaat mit dem Rücken an der Wand?
- 28 Noch Luft nach oben

Angemerkt

- 14 Verbindliche Ordnung

Vor Ort

- 16 Ab auf die digitale Überholspur

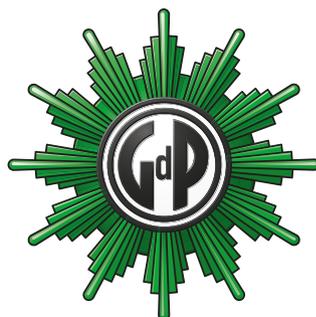
Hingeschaut

- 24 Wenn Homeoffice krank macht
- 27 Fehlstart vermeiden
- 32 „Mir ist das Ding komisch vorgekommen“
- 34 Wider das Vergessen
- 36 Ein Volkspolizist auf Westbesuch

40 Eure Meinung

40 Buchtipp

40 Impressum



**ERFOLG SCHAFFT
FREIRAUM**
Tarif stärken 2021

Innenleben

DIGITALES KOMMUNIKATIONSTRAINING

Tarif stärken. Erfolge feiern.

Über 30 Tarifbotschafterinnen und -botschafter nahmen Mitte August am ersten digitalen GdP-Kommunikationstraining teil.

Torsten Rohde

Zu Beginn zeigten erste Beispiele gelungener oder nicht gelungener Kommunikation, worum es in dem Workshop gehen sollte. Zusammen mit dem Kommunikationsexperten Michael Rasch betrachteten dann die Teilnehmenden die Wirkung unserer Sprache, das sogenannte Framing, also die Unterschiede zwischen den Zielgruppen. Dazwischen hieß es, das Soeben Erlernte immer wieder auszuprobieren und praktisch anzuwenden. Die Gewerkschafter übersetzten Forderungen der Tarifrunde in den individuellen Nutzen für die Beschäftigten, formulierten kurze Slogans und erstellten erste eigene Sharepics, also was die Menschen bewegt und wie sie bewegt werden können. In einem spannenden und kurzweiligen Tagesworkshop konnten viele neue Methoden gelernt, Wissen vertieft und Fähigkeiten gestärkt werden.

Immer, wenn es spannende Entwicklungen oder wichtige Neuigkeiten in der Tarifrunde gibt, haben die GdP-Tarifbotschafterinnen und -botschafter den direkten Draht zum GdP-Verhandlungsteam. Mit Informationen aus erster Hand halten sie die Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen auf dem Laufenden. Spätestens dann heißt es, den gewerkschaftlichen Forderungen von dieser Tarifrunde Nachdruck zu verleihen, das gewerkschaftliche Engagement zu stärken und die Wahrnehmung unter den Beschäftigten zu erhöhen. ■

LÄNDER-TARIFRUNDE: 5 PROZENT MEHR GEFORDERT

Klar erkennbare Verbesserungen für die Beschäftigten

Die seit anderthalb Jahren anhaltende Coronakrise samt angespannter Haushaltslage wirkt stark auf die am 8. Oktober beginnenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern. Dennoch zeigen sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (öD) entschlossen, den Kraftakt, klar erkennbare Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen, zu meistern.

Wolfgang Schönwald

„Es werden keine einfachen Verhandlungen. Die Arbeitgeber versuchen, das Eingruppierungsrecht zu beschneiden. Sie wollen den sogenannten Arbeitsvorgang dabei zum markanten Kernthema der Tarif- und Besoldungsrunde 2021 machen“, betonte der GdP-Tarifexperte und stellvertretende Bundesvorsitzende René Klemmer anlässlich der Vorstellung der gemeinsamen Tarifforderung von ver.di, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der IG Bauern, Agrar und Umwelt (IG BAU) und der GdP Ende August in Berlin.

Die Hauptforderung ist eine Erhöhung des Entgelts um fünf Prozent, mindestens aber 150 Euro pro Monat, bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Für die Auszubildenden fordern die Gewerkschaften eine Erhöhung der Vergütung um 100 Euro pro Monat.

„Erfolg schafft Freiraum“

Die GdP geht unter dem Motto (gewerkschaftlicher) „Erfolg schafft Freiraum“ in die Tarifrunde. „Erhebliche Verschlechterungen, beispielsweise bei Eingruppierungen künftiger Beschäftigter, womöglich sogar für bestehende Arbeitsverhältnisse, werden wir mit aller Kraft abwehren.“ Es sei zudem ein Muss, um den öD für jungen qualifizierten Nachwuchs noch attraktiv zu halten, unterstrich Klemmer.

Die Konkurrenz der Arbeitgeber in Bund und Kommunen (VKA) zu den Ländern um



Gewerkschaftssekretärin Tarif Alberdina Körner und GBV-Tarifexperte René Klemmer.

qualifiziertes Personal wird dem GdP-Tarifexperten zufolge immer größer. Die innere Sicherheit sollte allen Arbeitgebern im öffentlichen Sektor gleich viel wert sein, betonte er. Leider sei es mittlerweile an der Tagesordnung, dass Länderbeschäftigte zum Bund oder in die Kommunen wechselten.

Die GdP vertritt in der Tarifrunde rund 18.000 aktive Beschäftigte vom allgemeinen Verwaltungsdienst über den fernmeldetechnischen Dienst, Polizeiärztinnen und -ärzte, Beschäftigte in der Informationstechnik, Techniker, Beschäftigte der Hubschrauberstaffel, Kfz-Mechatroniker, Schreiner, Elektriker oder Waffenmechaniker.

Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verhandeln die DGB-Gewerkschaften mit den Arbeitgebern. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke agiert dabei als Verhandlungsführer für die Einzelgewerkschaften. Die Arbeitgeber haben sich im Verbund der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossen. Sie werden an der Spitze durch den niedersächsischen Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) vertreten.

„Die Arbeitgeberseite ist auf Krawall gebürstet“

Gerade in der Pandemie habe sich gezeigt, wie wichtig die Daseinsvorsorge und die Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sei, hieß es. Werneke nannte exemplarisch die Beschäftigten der Polizei, in den Schulen und aus dem ver.di-Organisationsbereich der Unikliniken.

„Die Länderbeschäftigten haben in den zurückliegenden Monaten den Laden am Laufen gehalten und sich Respekt und Anerkennung verdient“, hob der ver.di-Chef hervor. „Gehaltssteigerungen sind nicht nur angesichts steigender Preise zwingend notwendig.“ Spielraum ist dafür seiner Meinung nach vorhanden.

Er geht davon aus, dass die Arbeitgeber, die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), in dieser Tarifrunde versuchen werden, die gesicherte Eingruppierung aufzuheben. Herabgruppierungen wären dann möglich, befürchtet Werneke. „Die Arbeitgeberseite ist auf Krawall gebürstet“, fügte er hinzu. Bei Gesprächen über diesen sogenannten „Arbeitsvorgang“, die in der Tarifrunde 2019 verabredet worden waren, hatte sich gezeigt, dass beide Seiten komplett gegensätzliche Vorstellungen haben. Für die Gewerkschaften steht aber fest, dass es keine Veränderungen beim Arbeitsvorgang geben wird.

Werneke hofft, ebenso wie der Bundesvorsitzende von dbb Beamtenbund und Tarifunion, Ulrich Silberbach, dass die Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen auf taktische Spielereien verzichten. Stattdessen solle von Anfang an konstruktiv im Sinne der Beschäftigten verhandelt werden.

Nach dem Auftakt am 8. Oktober in Berlin folgt die zweite Tarifrunde am 1. und 2. November in Potsdam. Den Abschluss bildet die dritte Runde am 27. und 28. November ebenfalls in Potsdam. ■

Innenleben



Im ARD-„Morgenmagazin“ bekam Jannik Wessels (r.) „6 Minuten für seine Stimme“ im Gespräch mit Linke-Chefin Janine Wissler (l.).

JUNGE GRUPPE (GdP) IM TV

Klartext, bitte!

Anfang September läuft der Wahlkampf auf Hochtouren. Was denken Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet und Linke-Chefin Janine Wissler eigentlich über die Themen Polizei und innere Sicherheit? Zwei JUNGE GRUPPE-(GdP)-Vertreter haben vor laufenden Kameras nachgefragt.

Danica Bensmail

Das erste Mal im TV, im Gespräch mit dem Unions-Kanzlerkandidaten Armin Laschet und das alles auch noch live. Aufregung hin oder her, Andreas Broska, Vorsitzender JUNGE GRUPPE (GdP) Bundespolizei, fackelte nicht lange, sondern hakte in der ZDF-Wahlkampfsendung „Klartext, Herr Laschet!“ nach: „Wir erleben es täglich, dass die Gewaltbereitschaft gegenüber den Polizisten steigt. Wie kann der Respekt gegenüber der Polizei wieder gesteigert werden?“, wollte er von dem Politiker wissen.

DP interessiert: Wie zufrieden war er mit der Antwort? Broska resümiert: „Auf meine Frage antwortete Herr Laschet sehr allgemein. Konkrete Maßnahmen ließ er offen.“ Verstärkung hatte Andreas durch Yannick Porepp, GdP-Verkehrsexperte aus Schleswig-Holstein. Auch er saß im Publikum, sollte mit Laschet über Verkehrssicherheit und Tempo 130 auf Autobahnen sprechen. Doch dazu kam es nicht mehr: Zu viele Fragen, zu wenig Zeit.

Drei Tage später: Jannik Wessels aus dem Geschäftsführenden Bundesvorstand JUNGE GRUPPE (GdP) übernahm beim „Morgenmagazin“ von ARD und ZDF im Gespräch mit der Spitzenkandidatin der Linken, Janine Wissler, bereits zu früher Stunde die Gastrolle des Interviewers. Auf die geziel-

te Nachfrage, zu den Plänen der Partei, geschlossene Einheiten in der Polizei zu reduzieren, widersprach Wissler prompt dem eigenen Parteiprogramm.

„Es war auf jeden Fall schön zu sehen, dass nicht nur ich aufgeregt war, ich glaube sie auch“, sagt Jannik. Nach dem Gespräch in der „Moma“-Rubrik „6 Minuten für meine Stimme“ zieht er für DP Bilanz: „Als ich sie gefragt habe, ob unseren Sicherheitskräften genug Respekt entgegengebracht wird, ist sie dazu übergegangen, die Polizei zu kritisieren. Da hätte ich eine andere Antwort erwartet. Da hat man schon gemerkt, dass wir andere Standpunkte vertreten.“ ■



Nachgefragt: Yannick Porepp (l.) und Andreas Broska (r.) hatten jede Menge Fragen für den Unions-Kanzlerkandidaten Armin Laschet.

QUERDENKEN

Alternative Milieus



Titel

Gegen die Corona-Politik gehen verschiedenste gesellschaftliche Gruppen gemeinsam auf die Straße. Nicht alle lassen sich eindeutig dem rechtspopulistischen oder rechtsextremen Umfeld zuordnen. Manche verstehen sich gar als progressiv und emanzipatorisch. Ist dieses Miteinander ein Zufall? Ein neues Buch hat „gefährliche Weltbilder“ in alternativen Milieus untersucht.

Thomas Gesterkamp

22.000 Personen hatte „Querdenken 711“ für eine bundesweite Demonstration am ersten Augustsonntag in der deutschen Hauptstadt angemeldet. Der Berliner Senat untersagte die Veranstaltung der aus Stuttgart stammenden Initiative wie weitere kleinere Kundgebungen am gleichen Tag. Die Sicherheitsbehörden hatten in den Monaten zuvor einschlägige Erfahrungen bei den zahlreichen Aufmärschen gegen die staatliche Pandemiebekämpfung gemacht. Immer wieder wurden dort Auflagen ignoriert, Teilnehmende trugen bewusst und provokativ keine Maske, hielten keinen angemessenen Sicherheitsabstand ein.

Ein riskantes und wenig solidarisches Verhalten. Denn Nachverfolgungen von Virus-Ansteckungen bei früheren Corona-Demonstrationen hatten ergeben, dass die 7-Tage-Inzidenzen in jenen Landkreisen

auffällig anstiegen, aus denen Busse in die Hauptstadt gefahren waren.

Missachtung von Verboten

Dennoch missachtete ein Teil der Protestierenden die von den Gerichten bestätigten Verbote. Es kam zur Konfrontation mit der vor allem im Berliner Regierungsviertel massiv mobilisierten Polizei. Nicht zum ersten Mal während der Pandemie mussten die eingesetzten Beamtinnen und Beamten umstrittene Gesetze und Vorschriften durchsetzen – gegenüber einer Menschenmenge, die sie keinem eindeutigen politischen Lager zuordnen konnten. Denn die selbsternannte „Querdenker-Bewegung“ ist ein buntes Mosaik, sie ist alles andere als homogen und kein gesellschaftliches Randphänomen. Die





**Extremismusforscher
Andreas Speit**

Foto: Aufbau_MZydr

sie tragenden Gruppierungen kommen aus verschiedenen Schichten und politischen Spektren. Untereinander haben sie dennoch wenig Berührungspunkte: Impfgegnerinnen stehen auf den Veranstaltungen neben AfD-Anhängern, Identitäre demonstrieren zusammen mit Anthroposophen, sogenannte Reichsbürger schwenken die Fahne des deutschen Kaiserreichs, in unmittelbarer Nähe winken Esoterikerinnen mit der Regenbogenflagge.

In der Szene derjenigen, die das Coronavirus und seine gesundheitlichen Auswirkungen leugnen oder die staatlichen „Maßnahmen“ dagegen für übertrieben halten, ist die Präsenz bürgerlich-alternativer Strömungen ein auffälliges Merkmal. Wer sich für den Schutz der Natur oder von Tieren engagiert, sich vegetarisch ernährt oder seine Kinder auf eine Waldorfschule schickt, muss nicht, kann aber durchaus anfällig sein für Verschwörungserzählungen und reaktionäres Gedankengut. Der Hamburger Sozialökonom und Journalist Andreas Speit, der seit Jahren über Rechtspopulismus und Rechtsextremismus forscht, untersucht in seinem jüngsten Buch dieses Milieu und sein Umfeld.

Vergessene Traditionen

In Deutschland sei „eine neue Lebensreformbewegung entstanden, es ist die dritte“, schreibt der Autor. Diese suche „nach alternativen Wegen und geht sie auch: Nachhaltigkeit, recyceln, aufarbeiten und sharen sind im Trend: Rad statt Auto, vegan statt Fleisch, Öko-Bekleidung statt Billigware, handgemacht statt industriell, regional und saisonal statt global und permanent, Ökostrom statt Atomstrom.“ Der Klimawandel sorgt für ein Gefühl von Dringlichkeit und Endzeitstimmung, die Digitalisierung der Arbeitswelt verstärkt die Sehnsucht nach Langsamkeit und Einfachheit. Die Lebensreformer stellen nicht nur ihr eigenes Verhalten um, auch von politisch Verantwortlichen erwarten sie eine Richtungsänderung.

Die eingeforderte Art, anders zu konsumieren, kostet Geld. Es sei „eine Umkehr für alle, die es sich leisten können“, kommentiert Speit. Dem „Gutmenschen-Bashing“, wie es das konservative Feuilleton bisweilen pflegt, will er sich aber keinesfalls anschließen. Er möchte vielmehr aufzeigen, dass bei

der Suche nach ökologisch verträglichen Lösungen, der Hinwendung zur Spiritualität, der Begeisterung für Heilmethoden jenseits der Schulmedizin oder dem Plädoyer für Tierrechte auch „antihumanistische Argumentationen und antiemanzipatorische Resentiments virulent sind“. „Alternativ und rechts“, so seine Kernthese, habe eine „lange und nahezu vergessene Tradition“.

Verschüttete Denkgebäude aus der Lebensreformbewegung im 19. Jahrhundert tauchen derzeit wieder auf. Deren Anhängerinnen und Anhänger wandten sich, beeinflusst von der deutschen Romantik, gegen Industrialisierung, Materialismus und Urbanität. Schon damals wurde beklagt, dass der Mensch sich von sich selbst und von der Natur entfremde. Erste gemeinschaftlich orientierte Siedlungsprojekte entstanden, meist im ländlichen Raum. „Reformhäuser“, die Vorläufer der heutigen Biomärkte, verkauften gesunde Nahrungsmittel – von der breiten Öffentlichkeit wurden sie und ihre Kun-

den als „Kohlrabi-Apostel“ belächelt. In die harmlosen Proteste gegen rationale Logik und die Zumutungen der Moderne mischten sich, so Speit, aber auch bedenkliche Ideologien von „Antisemitismus bis Antifeminismus“.

In der zweiten Welle der Lebensreform, die nach den Studentenprotesten in Westdeutschland und der sich daraus entwickelnden Alternativkultur entstand, gab es dazu Parallelen und ähnlich irritierende Untertöne. So waren an der Gründung der grünen Partei im Jahr 1980 an einflussreicher Stelle völkische und nationalkonservative Strömungen beteiligt, erst später verloren diese Kräfte an Bedeutung. Wie lange solche Traditionen nachwirken können, zeigte sich nun erneut während der Pandemie.

Gut ausgebildet, beruflich etabliert und gesellschaftlich integriert

Aufschlussreich sind in diesem Kontext die Ergebnisse der im Dezember 2020 vorgelegten Studie „Politische Soziologie der Corona-Proteste“ an der Universität Basel, einer der ersten wissenschaftlichen Analysen zum Thema. In (nicht repräsentativen) Umfragen auf der Straße, die durch Online-Erhebungen erhärtet wurden, gaben erstaunliche 23 Prozent der Demonstrierenden an, bei der letzten Bundestagswahl die Grünen gewählt zu haben. 16 Prozent hatten ihr Kreuz gar bei der Linken gemacht, nur 15 Prozent bei der AfD. Das Forschungsteam charakterisiert die untersuchte Gruppe als gut ausgebildet, beruflich etabliert und gesellschaftlich integriert. Knapp formuliert handele es sich um Menschen, die „von links kommen, aber nach rechts gehen“: Bei kommenden Urnengängen, so kündigten die Befragten an, wollen sich bereits 27 Prozent für die AfD entscheiden.

Skandalöse Vergleiche von Tierschützern

Die Stärken von Speits Ausführungen liegen im Heranziehen wenig bekannter historischer Quellen und der detaillierten Ausleuchtung von Teilmilieus. Treffend beschreibt er etwa die Kultur der vor allem in den Szenevierteln der Groß- und Universi-



Andreas Speit, Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus

Christoph Links Verlag, Berlin, 2021,
240 Seiten, 18 Euro,
ISBN: 978-3-96289-110-7

Berlin im August: Das Spektrum der Anti-Corona-Demonstranten ist groß.

tätsstädte anzutreffenden „Bio-Boheme“. Er analysiert die besonders ausgeprägte Impfskepsis unter Frauen und Müttern, die mit der Alternativmedizin sympathisieren und homöopathische Arzneimittel bevorzugen. In einem anderen Kapitel widmet er sich den „Ambivalenzen der Anthroposophie“, kritisiert das rückwärtsgewandte, von Ressentiments und rassistischen Vorurteilen geprägte Denken des Begründers Rudolf Steiner. Er zeigt die Verbindungen zum Nationalsozialismus auf, vermeidet aber zu Recht, das gesamte Umfeld der Waldorfpädagogik pauschal in eine extreme Ecke zu stellen. Über einen weiteren Schwerpunkt des Buches – den Versuch von rechts eingestellten Familien, vor allem in strukturschwachen Regionen der ostdeutschen Provinz ganze Dörfer zu vereinnahmen – hat der Autor bereits in seiner früheren Veröffentlichung „Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos“ berichtet.

Alarmierend sind die Rechercheergebnisse zu den ideologischen Grundlagen der militanten Tierschutzverbände. Den Fleischverzehr anprangernde Organisationen wie PETA, Animal Peace oder Anonymous für the Voiceless sind in der Vergangenheit immer wieder durch skandalöse Vergleiche wie „Der Holocaust auf dem Teller“ aufgefallen. Attila Hildmann, Verfasser von Bestsellern zur veganen Ernährung und als „hipper Gesundheitskoch“ eine Weile in Fernsehsendungen omnipräsent, reiht in seinen Posts und Onlinevideos mittlerweile eine antisemitische Verschwörungserzählung an die nächste. Er ist eine der prominentesten Figuren bei den Corona-Protesten, politisch aber am äußersten rechten Rand angekommen. In einer Botschaft auf seinem Kanal beim Messengerdienst Telegram, den fast 120.000 Menschen abonniert haben, schimpft er: „Es ist eine Plan-Demie, es ist ein Staatsstreich, und der Jude hat uns, der kompletten Menschheit, den Krieg erklärt, er will eine jüdische Weltdiktatur.“

Mit Äußerungen dieser Art ist Hildmann leider kein Einzelfall – auch wenn sich gemäßigte „Querdenker“ inzwischen von ihm distanzieren haben. Die gefährlichen Weltbilder, die mit der selbstverständlich legitimen Kritik an den staatlichen Pandemie-Maßnahmen verknüpft werden, so warnt Extremismusforscher Speit, bergen ein erhebliches Potenzial für eine weitere Radikalisierung. ■



Im Gespräch



Lautstarker Protest von Corona-Gegnern in den Straßen der Hauptstadt.

QUERDENKEN

Eine unversöhnliche Kluft?

Reichsbürger, Esoteriker und die bürgerliche Mitte: Unter dem Sammelbegriff „Querdenken“ vereint sich eine vielfältige Gruppe Protestwilliger. Was macht diese Einsätze besonders? Und wo fehlt die Rückendeckung der Politik? Christian Kusch, Einsatzhundertschaftsführer bei der Bundesbereitschaftspolizei, im DP-Interview mit einem Mini-Lagebild.

Danica Bensmail

DP: Worin unterscheiden sich „Querdenker“-Einsätze von anderen Einsätzen?

Christian Kusch: Ich habe es so empfunden, dass wir Polizisten uns erst eine gewisse Routine im Umgang mit „Querdenkern“ angewöhnen mussten. In anderen Einsätzen sind die Fronten klarer und wir gehen als Polizei entsprechend routiniert in die Bewältigung der Lage. Deutlich wird dies, wenn wir zum Beispiel an die stetig wiederkehrende Bewältigung von Einsätzen rund um den Fußball denken. Hier jedoch treffen wir auf eine vielfältigere Szene mit entsprechender Protestkultur. Ich denke exemplarisch auch an die mittlerweile vielfältige Auslegung des Medien- und Pressebegriffs innerhalb der „Querdenker“-Bewegung oder das Agieren von Juristen, die geschickt vorhandene Regelungslücken erkennen und versuchen auszunutzen. Unser Gegenüber bei derartigen Veranstaltungen ist bei den „Querdenkern“ insgesamt heterogener aufgestellt als zum Beispiel die Szene im Hamburger Schanzenviertel oder der Berliner Hausbesetzerszene.

DP: Wie haben sich die „Querdenker“-Einsätze im Laufe des vergangenen Jahres verändert?

Kusch: Zu Beginn hatte ich schon den Eindruck, dass es ein größeres Sammelbecken



Christian Kusch ist seit 1995 bei der Polizei. Als EPHK und Hundertschaftsführer verrichtet er seinen Dienst bei der Bundesbereitschaftspolizei. Zudem ist er stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bundesausschusses Bereitschaftspolizei.

Foto: BeDo-Einheit/BPOLABT BLU

von Mitbürgern gibt, das jedoch politisch mehrheitlich in der Mitte der Gesellschaft zu verorten ist. Gegner oder Skeptiker der Corona-Maßnahmen standen so einträchtig neben Esoterikern, von Beginn an aber auch neben Gegnern unserer Gesellschaftsordnung. Des Weiteren hatten wir es mit vordergründig nicht politisch auftretenden, dafür aber gewaltgeneigten Fußballstörern, klar bekennenden „Reichsbürgern“ bis hin zu Friedensbewegten und Leuten mit Regenbogenfahnen zu tun.

Mittlerweile hat sich so manche Befürchtung nicht bewahrheitet oder wurde ad absurdum geführt. Das Rationale gewann bei nicht wenigen offenbar wieder die Oberhand. Das Thema hat offensichtlich nicht mehr das riesige Mobilisierungspotential wie noch zu Beginn der Pandemie. Geblieben ist für mich allerdings eine Szene, die vorher in dieser Geschlossenheit für die breite Öffentlichkeit nicht sichtbar geworden ist. Innerhalb dieser Szene gibt es feststellbar einen höheren Organisationsgrad, der uns vor die damit verbundenen Herausforderungen bei der Einsatzbewältigung stellt.

DP: Was müssen sich die Kolleginnen und Kollegen bei solchen Einsätzen so alles anhören?

Kusch: Ohne, dass ich da gleich alles und jeden kriminalisieren möchte: Es ist ausgemacht, dass wir, stellvertretend für handelnde Funktionsträger in Regierungen und Parlamenten, zur Zielscheibe diverser Anfeindungen und Beschimpfungen werden. Das gilt erst recht, wenn wir als Polizei Eingriffe in Grundrechte vornehmen müssen. Diskussionen auf zu betreuenden Veranstaltungen führen für mich mittlerweile schnell ins Abstruse. Sie sind wenig darauf angelegt, miteinander zu kooperieren, wie dies vielleicht noch zu Beginn der Pandemie in Teilen der Fall war. Rationale Argumente werden seltener ins Feld geführt, die Bereitschaft einander zuzuhören nimmt ab, Anfeindungen gegen uns und öffentlich-rechtliche Medien oder „kritische“ Journalisten nehmen an Umfang und Intensität zu.

Als Uniformträger und Träger hoheitlicher Maßnahmen sind wir für viele klar erkennbare Repräsentanten des „Regimes“ beziehungsweise der „Diktatur“, denen eine eigene Denk- und Urteilsfähigkeit schon allein mit dem Wort „Marionetten“ abgesprochen

„
Innerhalb dieser Szene
gibt es feststellbar
einen höheren
Organisationsgrad,
der uns vor die
damit verbundenen
Herausforderungen bei
der Einsatzbewältigung
stellt.“

wird. Wir werden dort nicht als legitimer Träger der Staatsgewalt wahrgenommen, sondern als „Gehilfen der Verschwörer“ und damit zum „Straftäter“, gegen dessen Maßnahmen man sich zur Wehr setzen kann.

DP: Wie nimmst du die Medienberichterstattung wahr?

Kusch: Ich gehe bewusst nicht darauf ein, wer insbesondere bei den „Querdenker“-Protesten mittlerweile alles unter dem Begriff eines Medienvertreters auftritt. Je nach politischer Orientierung des jeweiligen Medienvertreters erfolgt aus meiner Sicht auch die Berichterstattung. Öffentlich-rechtliche Medien nehme ich grundsätzlich als weitgehend unvoreingenommen gegenüber der Polizei als auch den Protestteilnehmern wahr. Gelegentlich hat man das Gefühl, dass manche Politiker zunächst die Medienberichterstattung abwarten, bevor sie sich zum Geschehen einlassen.

DP: An welcher Stelle fehlt hier die Rückendeckung der Politik?

Kusch: Abgesehen von der Vielzahl unterschiedlicher Regelungen fehlt sie mir gar nicht so sehr im Zusammenhang mit der Bewältigung derartiger Einsätze. Generell stelle ich mir als Bürger jedoch die Frage: Was ist da irgendwann möglicherweise einmal aus dem Lot geraten? Wie konnten wir es als Gesellschaft zulassen, dass eine solche unversöhnliche Kluft zwischen Teilen

der Gesellschaft entstanden ist? Ich würde mir wünschen, dass es wieder deutlich mehr politische Bildungsangebote gibt und mehr Interesse für das Gemeinwohl unseres Staates, insbesondere bei Jugendlichen und Heranwachsenden, geweckt wird.

Es ist für mich teilweise erschreckend, wie wenig heranwachsenden Generationen die elementaren Grundlagen und Werte unserer Gesellschaftsordnung vermittelt werden. Wer geholfen hat im Rahmen von Umweltprojekten den örtlichen Park zu verschönern und mit seiner Klasse dort Papierkörbe angebracht hat, wird sich schwerer tun, dort abends mit seiner Clique diese wieder zu beschädigen.

Politik stärkt uns aus meiner Sicht wahrscheinlich mehr den Rücken, wenn sie einen größeren Schwerpunkt auf soziales Engagement und Ehrenamt setzen würde. Auch die Aussetzung der Wehr- oder Zivildienstpflicht, die nicht wenigen die Erfahrung vermittelte, etwas für die Gemeinschaft zu tun, halte ich im Rückblick für einen Fehler. Ich glaube aber nicht, dass sich hier aktuell politische Mehrheiten finden lassen.

DP: Steht der Rechtsstaat mit dem Rücken zur Wand?

Kusch: Das sehe ich nicht so. Beruhigt schlafen legen sollten wir uns als Gesellschaft aber dennoch nicht.

DP: Was muss sich ändern?

Kusch: Der Polizei muss Gelegenheit gegeben werden, gemachte Erfahrungen auszuwerten. Nur so kann es ihr als lernende Organisation gelingen, ihren Einsatzwert zu erhöhen und angemessen und professionell derartige Einsätze zu gestalten. Hier fehlt es aber oftmals an der notwendigen Zeit, da sich in vielen Polizeibehörden das vorhandene Personal, statt in der Fortbildung, schon wieder im nächsten Einsatz befindet.

In Richtung Querdenker gesprochen: Protest ist legitim, nicht selten sogar notwendig und auch grundsätzlich in einer Demokratie nicht zu verurteilen. Er verliert allerdings seine Legitimation, wenn er den Boden der Rechtsordnung verlässt. Ich vermisse zunehmend eine klarere Abgrenzung zu extremistischen Gruppierungen, die diese Proteste klar für ihre Zwecke nutzen und eine Abkehr von Methoden, die bloßstellend, herabwürdigend und schlicht unmoralisch sind. ■

Im Gespräch



Einsatzkräfte sichern den Zugang zur Siegessäule in Berlin.

QUERDENKEN

Der Rechtsstaat mit dem Rücken an der Wand?

Demonstrationen sogenannter Querdenker bewegen die Gemüter bei der Polizei. Ähnliche Einsatzlagen sind in der Vergangenheit kaum auffindbar. Und sie wirken nach. DP sprach mit dem Versammlungsexperten und ehemaligen hessischen Landespolizeivizepräsidenten Heinrich Bernhardt.

Michael Zielasko

DP: Herr Bernhardt, als jemand mit Einsatz Erfahrung haben Sie den „Querdenker“-Aufmarsch im März in Kassel genauer unter die Lupe genommen.

Heinrich Bernhardt: In der Tat. Folgt man Medienberichten, so hatten rund 20.000 sogenannte Querdenker aller Schattierungen die Stadt geradezu überrollt. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hatte ja zuvor die Teilnehmerzahl auf 6.000 Personen be-

grenzt. Auf zwei innerstädtischen Plätzen sollten stationäre Versammlungen stattfinden. Aufzüge im Stadtgebiet waren verboten. Beindruckt hat die „Querdenker“ das nicht, denn sie sind in mehreren räumlich voneinander getrennten Aufzügen durch Kassel marschiert und ignorierten sowohl den Mund- und Nasenschutz wie das Abstandsgebot. Das sollte man sich schon genauer ansehen, oder?

DP: Wir sind ja schon mittendrin. Und die Polizei?

Bernhardt: Die rund 1.800 Polizeikräfte stellten sich den Teilnehmenden punktuell entgegen. Sie wurden dabei teils übel beschimpft und auch attackiert.

DP: Was ja, leider, nicht ungewöhnlich ist.

Bernhardt: Da haben Sie zwar recht, ungewöhnlich ist jedoch das regelrechte Hetzen der Einsatzkräfte von einem Ort zum anderen. Unter diesem Druck fanden die Kolleginnen und Kollegen offenbar keinerlei wirksame Mittel, dem illegalen Geschehen auch nur ansatzweise Einhalt zu gebieten. Die Polizeiführung verwies später auf die Verhältnismäßigkeit der Anwendung von Zwangsmitteln. Da reden wir auch über Wasserwerfer. Unter den Demonstrationsteilnehmern waren schließlich viele Ältere und Familien mit Kindern. Auf der anderen Seite verfestigte sich der Eindruck, der Rechtsstaat steht mit dem Rücken zur Wand.

DP: Politische Kontroversen blieben nicht aus.

Bernhardt: Hessens Innenminister Peter Beuth versprach dem Innenausschuss eine umfassende Aufklärung. Teils heftige Kritik äußerten SPD und Grüne. Da war die Rede vom „absolut unverständlichen Zurückweichen des Staates“, was den Tausenden Corona-Leugnern, Verschwörungstheoretikern und anderen Realitätsverweigerern erst ermöglicht habe, ohne Masken und ohne Abstand durch die Innenstadt von Kassel zu ziehen. Mittlerweile liegt übrigens der ministerielle Bericht aus der Sitzung des Innenausschusses vor.

DP: Und?

Bernhardt: Vieles wird relativiert, letzte Zweifel an den Abläufen konnten jedoch nicht völlig ausgeräumt werden.

DP: Wie sehen Sie das? Warum konnte der „Querdenker“-Auftritt so ablaufen?

Bernhardt: Dies dürften sich vor allem viele Bürgerinnen und Bürger gefragt haben. Deren Verstöße gegen Corona-Verordnungen werden grundsätzlich sanktioniert – anders als bei solchen geballten „Querdenker“-Demonstros. Aus den Reihen der polizeilichen Einsatzkräfte schwappten auch Unmutsbekundungen hoch, die im Tenor den Einsatz als misslungen bewerteten.



Die Serviceplattform für
kommunale Alkoholprävention



Hotline 08000 86 78 48

VORTIV – VOR ORT AKTIV

Die Serviceplattform für kommunale Alkoholprävention

Gemeinsam sind wir stärker: Wir unterstützen Sie bei Ihrer Präventionsarbeit – aktiv vor Ort und digital. Auf www.vortiv.de finden Sie bundesweite Angebote, zahlreiche Materialien und den direkten Kontakt zur individuellen Beratung.

Besuchen Sie uns unter www.vortiv.de oder nutzen Sie unsere Beratungshotline 08000 86 78 48



www.vortiv.de





DP-Autor Heinrich Bernhardt

kennt brisante Großeinsätze, zum Beispiel in Frankfurt (Main). Um die Jahrtausendwende übernahm er dort das Amt des Polizeivizepräsidenten, bevor er wenig später als Landespolizeivizepräsident für drei Jahre in Hessens Innenministerium wechselte. Zum Ende seiner Karriere leitete er von 2003 bis 2010 das Polizeipräsidium Südosthessen.

Foto: privat

DP: Gab es Versäumnisse, wurden womöglich bessere Alternativen verworfen?

Bernhardt: Das ist zwar eine berechtigte Frage, jedoch aus meiner Sicht nur ein Nebenaspekt. Wichtiger ist, dass es künftig besser läuft. Trotzdem muss ich ein bisschen ausholen. Das Verwaltungsgericht (VG) Kassel hatte das städtische Aufzugs- und Versammlungsverbot insgesamt aufgehoben, der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) jedoch zwei stationäre Versammlungen zugelassen. Die Teilnehmerzahl begrenzte das Gericht auf 6.000, fast drei Mal so viele hatte übrigens der Veranstalter avisiert. Dazu die Einhaltung des Abstandsgebots und die Verpflichtung zum Tragen des Mund- und Nasenschutzes. Zugleich sollte der Veranstalter über soziale Medien dafür sorgen, dass die Teilnehmerzahl nicht überschritten wird. Sollte dies alles nicht funktionieren, verpflichtete das Gericht ihn, die Versammlung „aufzulösen“. Ebenso, wenn er dazu von der Polizei aufgefordert werde.

DP: Wo liegt das Verbesserungspotenzial?

Bernhardt: Der VGH hatte unter dem Gebot des Gesundheitsschutzes das behördliche Verbot des Aufzugs durch die Kasseler Innenstadt im Zusammenhang mit dem Einkaufsverkehr und der Vielzahl auftretender Passanten bestätigt. Dem Gericht konstatiere ich, dass es sich große Mühe gemacht hat, seinen Beschluss zu begründen. Unverständlich ist aus meiner Sicht, warum es sich in Kassel – anders als im Fall der für Frankfurt angemeldeten bundesweiten Versammlung der „Querdenker“ Mitte Dezember vergangenen Jahres – nicht für ein komplettes Verbot der beabsichtigten Versammlung und des Aufzugs entschied.

DP: Unverständlich warum?

Bernhardt: In Kassel erkannte das Gericht die prognostizierten Infektionsgefahren nur für Aufzüge, jedoch nicht für Versammlungen an. Allerdings musste man in Frankfurt von seinerzeit angesagten 40.000 Versammlungsteilnehmern ausgehen.

DP: Und das heißt?

Bernhardt: Der Frankfurter Versammlungsbehörde und der Polizei war es offenbar gelungen, ihre Gefahrenprognose überzeugender zu unterfüttern. Es hatte dort die durch die Rechtsprechung geschaffene und von

der Versammlungsbehörde in Anspruch genommene Möglichkeit ausgereicht, die Prognose darauf zu stützen, wie „Querdenker“ bereits bei früheren, vergleichbaren Versammlungen aufgetreten waren. Vielleicht hätte man sich besser der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) von Dezember 2020 zum Bremer Fall angeschlossen. Dem Anmelder wurde höchststrichertlich mitgeteilt, dass das Auferlegen eines Schutz- oder Hygienekonzepts, dessen Einhaltung letztlich nicht zu erwarten sei, sich nicht dazu eigne, die von seiner angemeldeten Großdemonstration ausgehenden Infektionsrisiken zu verringern.

DP: Bitte noch einmal konkret zu Kassel.

Bernhardt: Dem VGH-Beschluss fehlte prinzipiell die praktische Konkretisierung seiner Vorgaben zu den Versammlungen auf den zugelassenen Plätzen. Unklar blieb, wie die zugelassenen 6.000 Teilnehmer unter Beachtung des Abstandsgebots dort untergebracht werden sollten. Wer das Auftreten der „Querdenker“ bei der Mehrzahl ihrer Versammlungen in Deutschland kennt, weiß, dass sie sich kaum um die Abstandsvorgaben scherten. Dem Veranstalter beziehungsweise der Versammlungsbehörde hätte der VGH vorgeben müssen, die Versammlungsfläche klar einzugrenzen, Zugänge festzulegen und die Standflächen durch Farbmarkierungen sichtbar zu parzellieren. Darüber hinaus hätte er die Versammlungsbehörde anhalten sollen, ihre dem Versammlungsverbot zugrundeliegenden Gefahrenprognose stärker zu schärfen.

DP: Was meinen Sie damit?

Bernhardt: Zum Beispiel die Glaubhaftigkeit und das Verhalten des Veranstalters sowie das Auftreten der Teilnehmer bei vergleichbaren Versammlungen beziehungsweise beim Kooperationsgespräch oder begangene Sicherheitsverstöße. Unter dem Strich ist gegenüber dem VGH jedoch kein durchweg begründeter Vorwurf zu erheben. Das rechtsverachtende massenhafte Auftreten der „Querdenker“ Mitte März hat er durch seine Entscheidung nicht zu vertreten.

DP: Wie schätzen Sie die polizeiliche Lagebewältigung vor Ort ein?

Bernhardt: Der Kräfteansatz dürfte zu gering gewesen sein. Etwa 1.800 Einsatzkräf-

te aus Hessen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und von der Bundespolizei (BPOL) hatten zur Verfügung gestanden. Das reichte schlicht nicht aus, um sich 20.000 rechtsbrechenden Teilnehmern, die in etlichen Aufzugsgruppen auf unterschiedlichen Straßenzügen unterwegs waren, wirksam entgegen zu stellen. Womöglich wären die Beamtinnen und Beamten auch nicht in der Lage gewesen, 6.000 sich so verhaltende Teilnehmer in Schach zu halten. Ob abrufbereite Ad hoc-Kräfte benachbarter Präsidien und der BPOL hätten helfen können? Zeitverzögerungen, mangelnde Ortskenntnis der Einsatzkräfte und die Schwierigkeit, lagebezogen gezielte Einsatzaufträge erfüllen zu können, ich bin skeptisch.

DP: Die Medien hatten die Polizeiführung kritisiert.

Bernhardt: Ja, Kritik kam jedoch auch aus den Reihen der Einsatzkräfte. Die Polizeiführung muss sich zumindest fragen lassen, warum sie es versäumte, sich nur annähernd auf eine solche oder ähnliche Lageentwicklung einzustellen. Eine ganzheitlich, womöglich realistischer denkende Einsatzleitung hätte einkalkulieren müssen, dass sich die „Querdenker“ nicht an die Vorgaben des Gerichts halten werden und in größerer Anzahl als zugelassen erscheinen – auch wenn Rückmeldungen aus dem Bundesgebiet nur darauf hindeuteten, dass weniger als 1.000 überregional anreisende Versammlungsteilnehmer zu erwarten gewesen wären. Zu etlichen Auftritten dieser Klientel bei vergleichbaren Versammlungen im Bundesgebiet, zum Beispiel in Leipzig und in Berlin, konnten sie problemlos jeweils mehrere Tausend zusammentrommeln.

DP: Und was wäre aus Ihrer Sicht notwendig gewesen?

Bernhardt: Deutlich mehr Einsatzkräfte, etwa 4.000 bis 5.000, sowie das Vorbereiten alternativer Einsatzkonzepte, die man nach der „Wenn-Dann-Methode“ hätte andenken sollen. Damit wäre es möglich gewesen, den Großteil der verbotenen und gegen jegliche Auflagen verstoßenden Aufzüge in der Innenstadt Kassels zumindest aufzuhalten und aufzulösen. Einige positiv verlaufene Polizeieinsätze wie in Frankfurt Mitte Dezember 2020 hätten als Vorbild herangezogen werden können, ja sogar werden müssen.

DP: Verstehe ich richtig, dass zudem Vorinformationen womöglich lückenhaft waren?

Bernhardt: Nun, im Sinne einer Optimierung sollte sich die Kasseler Polizeiführung fragen lassen, warum es ihr nicht gelang, der Versammlungsbehörde zur Erstellung eines erfolgsträchtigen Versammlungsverbots eine tragfähige Gefahrenprognose zu unterbreiten, was ihr übrigens vor einem vergleichbaren späteren Auftreten der Querdenker gelungen war. Wie es aus dem Innenausschuss hieß, sei erfolglos versucht worden, verwertbare Erkenntnisse zum Auftreten der „Querdenker“ in der Vergangenheit zu gewinnen – weder durch Abfragen der Verfassungsschutzbehörden, des Landeskriminalamtes, durch die Konsultation benachbarter Bundesländer noch mittels Recherchen in den sozialen Medien. Dass die Sichtung der sozialen Medien weitestgehend erfolglos verlaufen sei, wirft angesichts diverser Recherchemöglichkeiten, zum Beispiel in Diensten wie Telegram, Twitter oder Instagram, deutliche Zweifel auf. Auf der anderen Seite ist es nicht immer einfach, in geschlossene Onlinegruppen reinzukommen. Was jedoch Journalisten oder Wissenschaftlern an Recherchen auf Telegram bisher möglich war, sollte auch den Sicherheitsbehörden gelingen.

DP: Sie sehen die Behörde also in einer Mitverantwortung?

Bernhardt: Es geht mir nicht darum, jemandem einen schwarzen Peter zuzuspielen. Vorwerfen könnte man mir vielleicht, dass ich aus meiner Position des erfahrenen Ehemaligen den Zeigefinger erhoben habe. Nichtsdestotrotz, die Ursachen solcher Erhebungs- und Auskunftsdefizite sollten klar umrissen und abgestellt werden. Letztlich hilft das allen Beteiligten.

DP: Ihr Fazit?

Bernhardt: Das Fehlen einer stringenten Einsatzstrategie und -taktik, die das selbstbewusste Auftreten der „Querdenker“ hätte verhindern können, verkomplizierte den Einsatz. Auch eine zahlenmäßige Überlegenheit der Polizei hätte die „Querdenker“ daran gehindert, ihren Willen durchzusetzen. Hätten sie es dennoch versucht, wären ihre wahren Absichten und unrechtmäßigen Handlungen für jedermann offen erkennbar gewesen. Dies hätte der Polizei gestat-

tet, mit einer breiten Rückendeckung aus der Bevölkerung das ihr zustehende staatliche Gewaltmonopol verhältnismäßig, insbesondere angemessen, anzuwenden.

DP: Sie glauben, vor allem die Masse macht's?

Bernhardt: Das ist mir etwas zu salopp formuliert, wenn Sie gestatten. Eine größere Kräftezahl hätte es zumindest ermöglicht, Aufzüge zu unterbinden und an Absperrungen genügend Beamtinnen und Beamte bereitzustellen. Diese Kräfte wären insgesamt in der Lage gewesen, die versammlungsrechtlich erforderlichen Auflösungs- und polizeirechtlichen Räumungsverfügungen durchzusetzen. Ebenso entsprechende Identitätsfeststellungen oder mögliche Fest- und Inverwahrnahmen.

DP: Zum Abschluss noch etwas Versöhnliches?

Bernhardt: Bitte suggerieren Sie nicht, dass ein Konflikt geschürt werden soll. Die Kasseler Polizeibehörde stand im März zweifellos vor einer überaus schwer zu bewältigenden Hürde. Deren bekanntgewordener Hinweis, dass sie aus Gründen der Verhältnismäßigkeit nicht mit Gewalt hätte einschreiten können, erscheint mir jedoch zu kurz gegriffen. Und ein stärkeres Polizeikontingent hätte ein deutliches Signal des Rechtsstaates setzen können. Ich denke, wir alle wollen, dass sich die „Querdenker“-Szene nicht ermuntert fühlt, so fortzufahren – ganz unabhängig von der Corona-Lage – nämlich in anderen politischen Gefilden.

Dass wir weiter mit der uneinsichtigen, narzisstischen Klientel dieser Art von „Querdenkern“ zu tun haben werden, zeigt auch das Geschehen in Berlin am letzten August-Wochenende. Trotz überwiegend gerichtlich bestätigter Demonstrationsverbote ließen sie es sich nicht nehmen, in kleineren Aufzügen auf nicht bekannten Routen aufzutreten, um auf diesem Weg die Verbote zu umgehen. Doch die taktisch gut eingestellte Polizei war auf der Hut und nahm rund 500 davon insbesondere wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruchs, Verstößen gegen das Versammlungsgesetz, gefährlicher Körperverletzung und tätlichen Angriffs fest und leitete Ermittlungsverfahren ein.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

Exklusive Rabatte

auf Mobilfunk,
Internet und
Festnetz für
GdP-Mitglieder

☎ 0911/47 733 733

🌐 <https://gdp.vorteilsangebote.de>

Angemerkt



QUERDENKEN

Verbindliche Ordnung

Jörg Radek

Stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender

Von der ersten sogenannten Hygienedemonstration der „Querdenker“ auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin und den Stuttgarter Vasen 2020 bis zur Lessingbrücke im Zentrum der Hauptstadt in diesem Sommer wandelte sich das Protestverhalten unter den Bedingungen von Corona. Die Pandemie machte die Gesellschaft zu Lernenden.

Damit das Zusammenleben in einer offenen zivilen Gesellschaft funktioniert, bedarf es einer verbindlichen Ordnung. In Deutschland ist das die Verfassung. Ausnahmesituationen wie die Pandemie verlangen dieser Ordnung jedoch ein hohes Maß an Flexibilität ab. Wer das Abwägen von Grundrechten bis dato nicht aus erster Hand erlebt hatte, gewann in der Pandemie schnell die Erkenntnis: In einer Demokratie hat staatliches Handeln immer mit Verhältnismäßigkeit zu tun. Darum war es wichtig, die Ver-

sammlungsfreiheit auch weiterhin zu gewährleisten, wenn auch unter Auflagen.

Die Folge: Veranstalter von „Querdenker“-Demonstrationen verstießen vorsätzlich gegen Auflagen. Das verhältnismäßige Einschreiten der Polizei rief auf politischer Seite Skepsis, bei Bürgern und Medien Irritationen hervor. Diese Skepsis und diese Irritation sind fehl am Platze. Daran besteht für mich kein Zweifel. Denn: Die Aufgabe der Polizei ist es, öffentliche Meinungsäußerungen zu ermöglichen. Was aber, wenn es „Querdenken“-Veranstaltern gar nicht um die Abbildung gesellschaftlicher Meinungen geht? Was, wenn Attacken auf Medienvertreter gezielt für Chaos und Aufruhr sorgen sollen? Was, wenn die „Querdenker“ die bewusste Provokation und Verunsicherung von Sicherheitskräften anstreben?

Die Lernkurve ging weiter: Den „Querdenken“-Initiatoren geht es darum, den Staat in der Öffentlichkeit als handlungsunfähig zu inszenieren. Das Mittel der Wahl: der Aufruf zu und die Teilnahme an gerichtlich verbotenen Versammlungen.

Gewaltenteilung ist die Grundlage unserer Gesellschaft. Kritik an politischen Entscheidungen ist möglich. Das ist Demokratie. Die Grundordnung unserer Gesellschaft dient der Freiheit, nicht ihrer Abschaffung. Ordnung einzuhalten bedeutet, Urteile zu akzeptieren. Die Zahl von Gefährderansprachen, Freiheitsentziehungen und Ermittlungsverfahren belegen, dass die Ordnungsmacht sich auf diese Herausforderungen eingestellt hat. Die Polizei setzt Recht durch. ■



Beschädigtes Schaufenster während einer Querdenker-Demonstration in Frankfurt am Main.



Ein Bier für die Heimfahrt? Now you can.

**Heineken 0.0.
Voller Geschmack.
Null Alkohol.**



Vor Ort



GdP-Digitalisierungsexperte Hagen Husgen als zugeschalteter Referent des „Polizeitages“.

DIGITALER POLIZEITAG DES „BEHÖRDEN SPIEGEL“

Ab auf die digitale Überholspur

Wie kommt die Polizei schnellstmöglich auf die digitale Überholspur? Welche Chancen birgt das für die Beschäftigten? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigte sich im August der digitale Polizeitag. GdP-Digitalisierungsexperte Hagen Husgen war vor Ort. DP hat mit ihm gesprochen.

Michael Zielasko

Seit Jahren entwickle sich die Gesellschaft digital enorm fort, sagte Hagen Husgen, das für Themen der Digitalität verantwortliche Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Zuletzt habe die Corona-Pandemie in der Polizei angesichts von Arbeitsmethodiken und -modellen zu einem spürbaren Aufmerken, wenn nicht Umdenken geführt. „Laptop, Web-Ex, VPN-Tunnel bildeten plötzlich die Arbeitsgrundlagen,

von denen viele unserer Kolleginnen und Kollegen vorher nicht einmal etwas gehört haben. Viele taten sich dementsprechend schwer“, betonte Husgen.

Hinsichtlich neuer Chancen für die Polizei erinnerte der Gewerkschafter an die 2016 verabschiedete „Saarbrücker Agenda“. Damit hatte die Innenministerkonferenz die Grundlage für ein zeitgemäßes Informationsmanagement geschaffen. Eingeleitet worden war damit der Aufbau einer gemein-

samen, modernen und einheitlichen Informationsarchitektur für die deutschen Polizeien in Bund und Ländern. „Im Ergebnis sollen Polizistinnen und Polizisten jederzeit und überall Zugriff auf benötigte Informationen haben. Uns als Gewerkschaft der Polizei geht es jedoch darum, was am Ende des Tages bei der Polizei auf der Straße davon ankommt - und auch wie.“

Die digitalen Alltagserfahrungen der Polizeibeamtinnen und -beamten hätten sich jedoch seit dem Start von „Polizei 2020“ nicht sonderlich verbessert. Der Fokus dieses Programms sei derzeit vor allem strategisch und weniger operativ ausgerichtet und bedürfe einer Neuausrichtung mit einer Priorisierung von Betrieb und Funktionieren, bekräftigte Husgen, der auch den sächsischen Landesbezirk der GdP anführt.

Keinen Widerspruch zum hierzulande fest verankerten Föderalismusgedanken erkennt Husgen bei Stichworten wie Zentralität, Harmonisierung und Vereinheitlichung. Das Problem liege eher darin, dass Digitalisierung zwar überall angekommen und ihre Bedeutung erkannt worden sei, jedoch jeder der Erste und Beste sein wolle. Als plastisches Beispiel diene das neue „Infotainment-System Polizei (ISP)“ in Sachsen, über das vor Kurzem in der Presse berichtet wurde. Wenig später konnte ähnliches über die bayerische Polizei gelesen werden.

„Es kommt immer wieder dazu, dass das Rad neu erfunden wird, da ein Austausch, wenn überhaupt, nur mit den Nachbarn, siehe Bayern und Sachsen oder sehr rudimentär stattfindet“, verdeutlichte der Gewerkschafter. Ihm wäre die Meldung „Neues Infotainment System für die deutsche Polizei“ jedenfalls lieber gewesen.

Wohin mit all den Daten?

Ein düsteres Bild zeichnete Husgen mit Blick auf von der Polizei auszuwertende, jedoch überwiegend unstrukturierte Massendaten. Die Polizei sei in den vergangenen Jahren mit digitalen Beweismitteln regelrecht geflutet worden. Die Folge sei ein „Going Dark“. Die Daten könnten vielfach kaum mehr gesichtet und ausgewertet werden. „Allein die Problematik der Datenmengen zu kinderpornografischen Verfahren verdeutlicht, dass Analysen durch Personaleinsatz und technische Standardinstru-

mente allein nicht mehr zu lösen sind.“ Um 53 Prozent ist 2020 laut Husgen die Zahl der Fälle der Verbreitung, des Erwerbs, Besitzes und der Herstellung kinderpornografischer Schriften gestiegen. Fehlende Möglichkeiten wirkten sich bereits in Verfahren von terroristischen Gefährdern, bei Anschlägen sowie in Verfahren der Organisierten Kriminalität, der Wirtschaftskriminalität, Geldwäsche oder Cybercrime aus, hob er hervor.

Notwendige Neuorientierung

Und der Mensch bei der Polizei? Auch dort müsse eine Neuorientierung erfolgen, plädierte Husgen. Zum Beispiel bei der Gewinnung von Fachkräften. Die noch starren Regelungen des Tarif- und Beamtenrechts sollten dringend überdacht werden. Begrü-

ßenswerte Verbesserungen wie die IT-Fachkräftezulage seien der richtige Weg, doch „mit ´nem Appel und ´nem Ei in der Tasche ist schon lange kein Staat mehr zu machen“.

Zudem sei die berechtigte Frage zu beantworten, wie das Digitale auf die Arbeitsbedingungen wirke? Aus der Lust am Arbeiten könne schnell Frust werden, insbesondere wenn Mitarbeitende nicht von Anfang an in den Wandel integriert würden. Das Einfordern und Nutzen der Mitbestimmungsrechte seien an dieser Stelle mitentscheidend, zum Beispiel bei Organisationsänderungen mit persönlichen Konsequenzen für einzelne Beschäftigte oder möglichen Arbeitsverdichtungen. Husgen ist der Meinung, dass die Technologie beherrscht werden müsse, nicht herrschen dürfe. „Wir müssen jeden auf diesem Weg mitnehmen, niemand darf sich ausgegrenzt fühlen“, unterstrich er.

Ungeachtet dessen hält der GdP-Digitalisierungsexperte den digitalen Wandel in der Polizei für eine riesige Chance. Um sie entsprechend zu nutzen, müsse die Polizei schnellstmöglich auf die digitale Überholspur wechseln.

Husgen erklärte: „Digitale Innovationen bieten der Polizei die Möglichkeit, ihre Rolle als Garant für die innere Sicherheit auch künftig wahrzunehmen. Für die Beschäftigten bedeuten sie die Chance, selbstbestimmter, sicherer und gesünder zu arbeiten.“ Er kündigte an, dass über den Einfluss der Gewerkschaften und die Mitbestimmung der Personalvertretungen Arbeits- und Lebensbedingungen im Sinne guter und sicherer Arbeit maßgeblich mitgestaltet werden würden. „Hier haben Gewerkschaften zusammen mit den Personalräten eine besondere Verantwortung“, schloss der Gewerkschafter. ■

ANZEIGE

TOP ANGEBOTE, TOP PREISE!

Polizeiautohaus.de

Konditionen kurz vor kriminell



Besucht uns auf der Website
www.polizeiautohaus.de.

Autos online kaufen zu
exklusiven GdP-Konditionen!



GdP-Plus Partner



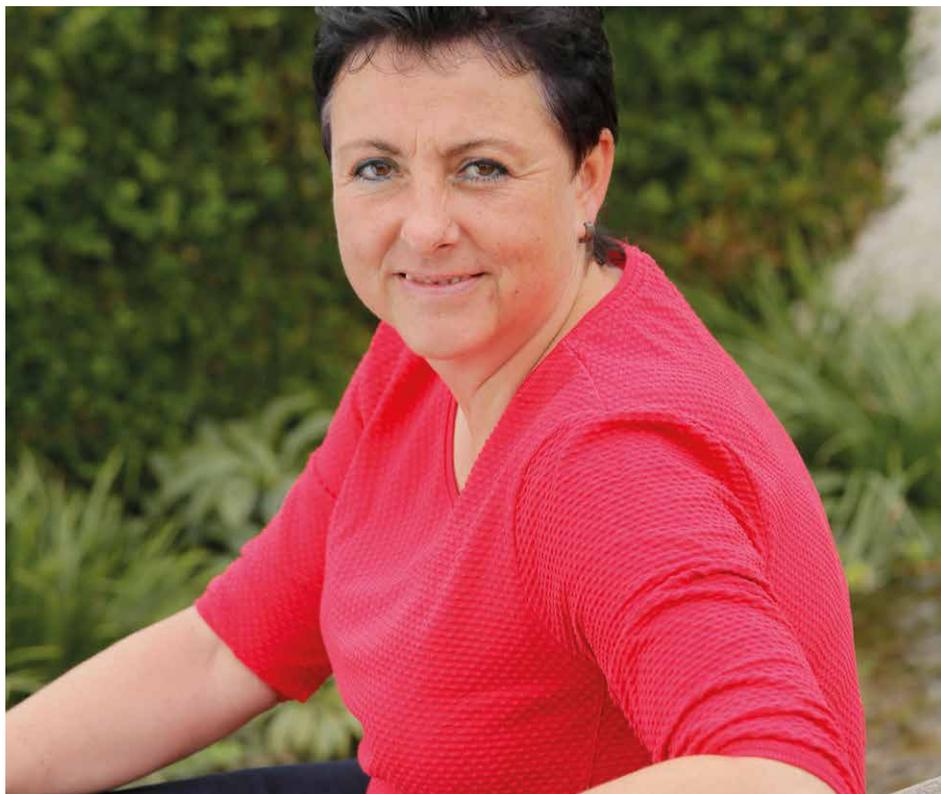
Innenleben

KOMMISSION FÜR DIE BELANGE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

„Sprecht mit denen, die helfen euch“

Seit 2015 gibt es die Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Als verlässlicher Ansprechpartner stehen sie Betroffenen mit Beratung und Vorsorge zur Seite. DP war beim Fotoshooting des neuen Info-Flyers vor Ort. Ein Gespräch über das A und O, Hilflosigkeit und Zukunftsperspektiven.

Danica Bensmail



Polizeihauptmeisterin Katja Ehnert erlitt vor 23 Jahren einen schweren Dienstunfall.

Katja Ehnert sitzt in ihrem knallroten Oberteil auf einer Bank unweit des Berliner Hauptbahnhofes. Selbstbewusst lächelt sie in die Kamera. So selbstverständlich wie das klingt ist es nicht. Vor 23 Jahren erlitt die Polizeihauptmeisterin einen schweren Dienstunfall. Während

der Kontrolle eines potenziellen Schleuserfahrzeuges löste sich die Handbremse ihres Dienstwagens. Der rollte los und klemmte die junge Polizeibeamtin zwischen einem Fahrzeug und einem Baum ein. Die Folgen: Zwei Wochen Koma. Der Verlust einer Niere. Elf Rippenbrüche.

Allein auf weiter Flur

Die Verletzungen schränken Katja bis heute in ihrem Alltag ein. Ihren Dienst in der Inspektion Chemnitz versieht sie trotzdem „mit viel Freude“, wie sie erzählt. Die GdP-eigene Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderungen steckte zu jenem Zeitpunkt noch nicht einmal in den Kinderschuhen. „Leider“, sagt Katja. „Was mir zu der Zeit wirklich gefehlt hat, war ein Ansprechpartner. Jemand, der einen berät und sagt, wie es weitergeht.“ Zwar habe ihr ein Pfarrer zur Seite gestanden, auch die Anteilnahme an ihrem Schicksal sei unter den Kollegen groß gewesen, nur praktische Hilfe und handfeste Informationen habe sie vermisst.

Gut Ding will Weile haben

„Lange Zeit gab es keine Lobby für dieses Thema“, sagt Kommissionsprecher Uwe Kaßler. Die ersten Schritte in Richtung einer GdP-Bundekommission liefen bereits 2010 über den Landesbezirk Rheinland-Pfalz. Durch einen entsprechenden Antrag an den Landesdelegiertentag sei damals im dortigen Landesvorstand eine Beisitzer-Stelle für „Mitglieder mit einer gesundheitlichen Einschränkung, insbesondere schwerbehinderte Menschen“ geschaffen worden, erinnert sich der Gewerkschafter. Ein erster Erfolg. Doch, um das Thema auf die große Bundesbühne zu hieven, sollten noch weitere vier Jahre vergehen. „Zum Bundeskongress 2014 haben wir über den Landesbezirk Rheinland-Pfalz, mit Unterstützung der Landesbezirke Baden-Württemberg und Berlin, einen Antrag gestellt“, sagt Kaßler. Doch die Antragsberatungskommission lehnte den Antrag zunächst ab. Kurz vor Kongressbeginn dann die überraschende Nachricht: Der Antrag wurde doch zur Abstimmung zugelassen. Die Mehrheit der Delegierten stimmte dafür. Ein großer Erfolg! Die Kommission ist seitdem beim Geschäftsführenden Bundesvorstand angedockt.

Ein verlässlicher Partner

Genauso einen Verbündeten hätte sich Katja damals gewünscht. Doch den gab es (noch) nicht, und irgendwie ging es dann doch.

„Inklusion muss pandemischen Charakter haben.“



Die Gesichter des neuen Info-Flyers der Kommission: (v.l.n.r.) Katja Ehnert, Stefanie Pabst-Heidrich, Stefan Narr und Matthias Boos.

Nach dem Fotoshooting Mitte August in Berlin zieht sie Bilanz: „Ich glaube, ich war damals in einem Alter, in dem ich das alles ganz gut wegstecken konnte“, sagt Katja nach einem kurzen Moment der Stille. Aber was ist mit den Menschen, auf die das nicht zutrifft? Die in Momenten der Schwäche dringend einen starken Partner brauchen, der sie begleitet?

Zu allererst sei es wichtig, die Menschen darüber zu informieren, dass es überhaupt eine Schwerbehindertenvertretung in der Gewerkschaft der Polizei gebe, sagt Katja. Betroffene sollten wissen, welche Möglichkeiten ihnen zur Verfügung stünden und auf welche Art der Unterstützung sie im Ernstfall setzen könnten. „Genau dieses Wissen hat mir damals nämlich gefehlt.“ Der Flyer sei dafür ein guter Schritt. 10.000 Stück sollen davon im Oktober über die GdP-Landesbezirke und Bezirke deutschlandweit an die Dienststellen verteilt werden.

Das A und O

Informieren, Netzwerken und am Ball bleiben sind das A und O. Davon sind auch Uwe Kaßler und seine Mitstreiter in der Kommission überzeugt. Um die Bekanntheit zu erhöhen, hat die Kommission bereits frühzeitig auf Synergien mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gesetzt. Sie wird Teil des

Arbeitskreises Behindertenpolitik, dann Mitglied im Bundesnetzwerk Schwerbehindertenvertretung. Der Plan geht auf: Kräfte bündeln, Reichweite ausbauen, gemeinsam stärker sein. 2016 bringt die damals noch junge Kommission als Teil des DGB sogar ihre Vorschläge zur Gestaltung des Bundesmitbestimmungsgesetzes mit ein.

Inklusion muss pandemischen Charakter haben

Wie geht es weiter, nach sechs Jahren, jeder Menge geputzter Klinken und geknüpfter Kontakte? Die Kommission habe das Ziel, künftig noch agiler und handlungsfähiger zu werden, betont Sprecher Kaßler. Sie wolle in der Zukunft eigene Anträge an den Kongress stellen – ähnlich wie die Personengruppen in der Gewerkschaft der Polizei – unabhängig vom Bundesvorstand. Vielleicht sogar schon vor dem nächsten Bundeskongress 2022, wer weiß? In einer Sache ist Uwe Kaßler sich aber sicher: „Inklusion muss pandemischen Charakter haben. Jeder muss darüber reden. Dann haben wir wirklich etwas erreicht.“

Dietmar Schilff, der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und für die Kommission Zuständige, lobte deren Arbeit. „Die Kolleginnen und Kollegen haben in den letzten Jahren sehr viel für die Inklusion von Po-

lizeibeschäftigten geleistet.“ Gleichzeitig betonte der Gewerkschafter aber auch die Pflicht der Dienststellen, die Belange und Rechte der Schwerbehindertenvertretungen künftig noch stärker in den Fokus zu rücken: „Bund und Länder aber auch das Polizeimanagement müssen sich noch viel intensiver mit diesem wichtigen Themenfeld beschäftigen. Jeder kann von heute auf morgen schwerbehindert werden“, unterstrich der GdP-Vize.

Betroffene direkt ansprechen

Und was wünscht Katja sich von ihrer Gewerkschaft? Was kann die GdP bei der Unterstützung behinderter Kolleginnen und Kollegen künftig noch besser machen? Sie muss nicht lange überlegen: „Die GdP sollte auf Personalratsebene die Ohren weiter spitz machen. Schauen, wer hatte wo einen Unfall im Dienst? Und ganz wichtig: Auf die Leute direkt zugehen.“

Für die Chemnitzerin ist klar: Auch die Dienststellen sind hier gefragt. Dort könne ruhig noch stärker auf die Gewerkschaft als kompetenten Ansprechpartner in Notlagen hingewiesen werden.

Besser spät als nie

Erst 2009, zehn Jahre nach dem Ereignis, habe sie vom Rechtsschutz der GdP Gebrauch gemacht, erinnert sich die Polizistin. „Als es um die Bezahlung der Unfallrente ging, hat die Gewerkschaft mir einen Anwalt gestellt. Das war gut.“ Das Problem: Der Unfallausgleich wird nur fünf Jahre rückwirkend bezahlt, erklärt Katja. „Bei mir war diese Frist verjährt und die GdP hat mir geholfen, immerhin einen Teil der Ansprüche geltend zu machen.“ Trotzdem: Die Freude und die Erleichterung darüber, wieder ins Leben zurück gefunden zu haben und gesund zu sein, überwiegt. Vorwürfe macht sie weder dem Dienstherrn noch der Gewerkschaft. Dennoch gebe es unter den Kollegen auch viele kritische Stimmen, die den Nutzen der Gewerkschaft anzweifeln. „Da heißt es dann: Ach, was können die in meiner Situation schon ausrichten?“, erinnert sich Katja. „Ich würde denen trotzdem sagen: Sprecht mit denen, die helfen euch.“ ■

Innenleben

MUSTERPROZESS

Anerkennung: Corona-Infektion als Dienstunfall

Inzwischen kann mit der Impfung vielen Menschen vor einer Ansteckung mit oder einer schweren Erkrankung an Covid-19 geholfen werden. Zuvor haben sich jedoch Kolleginnen und Kollegen im Dienst infiziert, wenn sie nicht immer für ausreichend Abstände und Schutz sorgen konnten.

Gudrun Hoffmann

Leider läuft die Anerkennung als Dienstunfall bei Infektionen mit Covid-19 bisher nur schleppend bis gar nicht. Die Dienstherren verweisen auf die pandemische Lage und das allgemeine Risiko, sich anzustecken. Die Beweislast dafür, dass die Infektion im Dienst erfolgt ist, liegt bei den Kolleginnen und Kollegen und lässt sich nur schwer erbringen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat das bereits Ende 2020 erkannt und beschlossen, stellvertretend für alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen Musterprozesse zu führen. Darin soll grundsätzlich entschieden werden, ob ein Dienstunfall vorliegt, wenn im Dienst eine Ansteckung mit Covid-19 erfolgte. Die Verfahren dauern an, so dass noch etwas Geduld erforderlich ist, bis

mit einer Entscheidung in dieser wichtigen Frage gerechnet werden kann.

Einige Länder, zum Beispiel Brandenburg, haben mit ihren Innenministerien vereinbart, dass die Verfahren ruhend gestellt werden, bis eine gerichtliche Entscheidung über die Frage der Dienstunfallanerkennung erfolgt ist.

In Niedersachsen wurde zwischen dem GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff und Innenminister Boris Pistorius eine Musterklagevereinbarung getroffen, durch die sich Niedersachsens Innenministerium im Falle des Unterliegens verpflichtet, das obergerichtliche Ergebnis eines Musterprozesses auf alle Beamtinnen und Beamte der niedersächsischen Polizei zu übertragen, die an COVID-19 erkrankt sind oder waren und wegen dieser Erkrankung einen Antrag auf Anerkennung eines Dienstunfalles gestellt haben. Eine Ruhendstellung gibt es auch hier.

Über den weiteren Gang der Musterprozesse wird informiert. Die GdP bleibt für die infizierten und erkrankten Kolleginnen und Kollegen am Ball. ■

SITZUNG DES BUNDESSENIORENVORSTANDES

Lernen, mitmachen, einmischen

Coronabedingt fand auch das zweite Treffen 2021 der Landesseniorenvertreter mit dem Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand (GBSV) als Videoschaltete statt. Themen waren die Anträge des Bundesseniorenvorstandes (BSV) für die Bundesseniorenkonferenz 2022 und eine neue Fassung der Richtlinien für die Seniorengruppe (Bund). Vorgestellt wurde ein „Interaktiver Onlineaustausch“ als Ersatz für den erneut ausgefallenen GdP-Seniorentag.

H. Werner Fischer

Besprochen und beschlossen wurden Anträge des BSV für die Bundesseniorenkonferenz 2022. Themen waren unter anderem die Stärkung der Mitbestimmung, Mitwirkung und Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren in Deutschland durch eine gesetzliche Rahmenregelung, Verbesserung der gesetzlichen Regelung für eine bezahlbare Pflege, Steigerung der Attraktivität des ÖPNV im Zuge der Energiewende, innergewerkschaftlich die Forderung nach einer eigenen Vollzeitkraft in der Bundesgeschäftsstelle für die Seniorengruppe (Bund) und ein verbesserter Zugang des BSV in den Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV).

Außerdem wurde ein umfangreicher „Entschließungsantrag“ des BSV für die Konferenz beschlossen. In ihm werden alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft dazu aufgefordert, die Themen Mobilität und Verkehr vollkommen neu zu überdenken – für Fußgänger, Radfahrer, Kraftfahrzeuge und ÖPNV.

Längere Zeit bereits in Arbeit war der Entwurf für eine neue Richtlinie für die Arbeit der Seniorengruppe (Bund). Wichtigste Änderung darin ist die Forderung, den GBSV

um zwei weitere Beisitzer auf sieben Personen zu erhöhen. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus Sicht des BSV durch die Zunahme des Umfangs der Arbeit in diesem Gremium. Der Entwurf geht nun in den GBV und Bundesvorstand, der darüber zu entscheiden hat.

Als Ersatz für den erneut ausgefallenen GdP-Seniorentag wurde vom GBSV und der Geschäftsstelle eine „Hybrid“-Veranstaltung (Teile der Teilnehmer sind vor Ort, weitere über Video zugeschaltet) organisiert. Mit der Grundidee Seniorinnen und Senioren in der GdP: LERNEN – MITMACHEN – EINMISCHEN findet die Veranstaltung als „Interaktiver Onlineaustausch“ am 30. November und 1. Dezember statt. Es wird eine Thementrennung geben: am ersten Tag „Mit Bürgerbeteiligung Ernst machen – Innere Sicherheit als geteilte gesellschaftliche Verantwortung“; am zweiten Tag: „Ein Stück vom Kuchen – Teilhabe von Seniorinnen und Senioren in Gesellschaft und Gewerkschaft“. Da die Teilnehmerzahl begrenzt werden muss, werden die Landesbezirke/Bezirke um die Auswahl gebeten. ■

Innenleben

Landesdelegiertentage

Der 27. Ordentliche Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im September 2022 wirft seine Schatten voraus. Zu den Beratungen im Berliner Estrel-Hotel werden Delegierte der 16 GdP-Landesbezirke und der -Bezirke Bundespolizei und Bundeskriminalamt gewählt. Dabei ist die Mitgliederzahl des jeweiligen Landesbezirks oder Bezirks ausschlaggebend für die Zahl der Kongressmandate.

FÜR UNS. FÜR MORGEN

27. Ordentlicher Bundeskongress
12.-14. September 2022 · Berlin



Gewerkschaft
der Polizei

LDT

Baden-Württemberg

1.–2. Dezember 2021

Bayern

14.–15. Juni 2023

Berlin

12.–13. Mai 2022

Bremen

24.–25. März 2022

BKA

2.–3. März 2022

Brandenburg

24.–26. Februar 2022

Bundespolizei

26.–28. April 2022

Hamburg

1. Quartal 2022

Hessen

5.–7. April 2022

Mecklenburg-Vorpommern

6.–7. April 2022

Niedersachsen

17.–19. Mai 2022

Nordrhein-Westfalen

3.–5. Mai 2022

Rheinland-Pfalz

5.–7. Juli 2022

Saarland

6.–7. April 2022

Sachsen

16.–18. Juni 2022

Sachsen-Anhalt

2024

Schleswig-Holstein

10.–11. November 2021

Thüringen

24.–25. März 2022



ANZEIGE

TKBO

GMBH

- Abzeichen / Anfertigungen
- Ausrüstungsgegenstände
- Dienstbekleidungen
- Dienstgradabzeichen



Besuchen Sie uns auch
unter www.tkbo.de

- HAIX® Schuhe
- Kopfbedeckungen
- Textildruck/Textilveredlung
- Vereinsbedarf u.v.m.

TKBO GMBH • Karl-Friedrich-Straße 24 • 44795 Bochum • Email: info@tkbo.de • Tel.: 0234/9409680

UMWELTSCHUTZ UND

Für das Unternehmen JÜSCHA GmbH hat der Umweltschutz einen hohen Stellenwert. Mit der LIGHTPAK-Serie als Marke hat JÜSCHA sich verpflichtet, die Auswirkungen der Produktion auf die Umwelt zu minimieren. Dies umfasst unter anderem die Reduzierung von Emissionen und Wasserverbrauch sowie die Steigerung der Energieeffizienz. Darüber hinaus setzt JÜSCHA sich mehr und mehr auf nachhaltige Materialien für die Produkte ein, will das Beste für unseren Planeten und gleichzeitig die Funktionalität der Produkte bewahren.

LAPTOPTASCHE RPET

Rückseite mit großem Einschubfach, Trolleyband, abnehmbarer Schultertrageriemen, Hauptfach mit gepolsterem Tabletfach und Laptopfach (17 Zoll), gepolstertes Vorfach mit drei Einsteckfächern, drei Visitenkartenfächern und zwei Stifteschlaufen. Material Recyceltes PET.

Maße ca. 32 x 43 x 9 cm. Innenmaße Laptopfach ca. 29 x 39 x 5 cm.

250210

🌱 39,95 € 49,95 €



JÜSCHA®

EST. 1978

LIGHTPAK®



BUSINESS LAPTOP TROLLEY RPET

Vollständig versenkbares, arretierbares Trolleysystem, Trolleyband, Tragegriff, Präzisionslaufrollen, Haken für einen Schultertrageriemen. Innen: Hauptfach mit gepolsterem Laptopfach (17 Zoll) und Platz für Ordner und Dokumente, Reißverschlussfächerfach mit zwei Unterteilungen im A4 Format, Reißverschlussfach mit drei Stifteschlaufen, zwei Einschubfächern, Karabiner, Reißverschlussvorfach, seitliche Netztasche. Material Recyceltes PET. Maße ca. 38 x 45 x 23 cm. Innenmaße ca. 37 x 44 x 22 cm. Innenmaße Laptopfach ca. 27 x 41 x 5 cm. Trolleyhöhe 100 cm.

250310

🌱 94,95 € 118,95 €



NACHHALTIGKEIT

Dabei setzt die Firma JÜSCHA auf RPET (recyceltes PET) als eine nachhaltige Lösung. RPET ist die wirtschaftlichste und meist verwendete Form des Plastik-Recyclings in der Textil- und Accessoire Branche. RPET beschreibt die Verwertung von gebrauchten PET Flaschen. Leere Flaschen werden gesammelt, gereinigt und geschreddert. Dieses recycelte Plastikgranulat wird später zu RPET-Garn oder Folie verarbeitet, die zur Herstellung von Verpackungen, Kleidung, Rucksäcken und Taschen verwendet werden.

MULTIFUNKTIONSTASCHE RPET 3 IN 1

3 in 1 Laptoptasche, Umhängetasche und Rucksack, Schultertrageriemen abnehmbar, großes Hauptfach mit gepolstertem Laptopfach (15,6 Zoll), 2 Einsteckfächern, 2 Stifteschlaufen und Reißverschlussfach.

Material Recyceltes PET.

Maße ca. 43 x 32 x 9 cm.

Innenmaße Laptopfach

ca. 29 x 39 x 4,5 cm.

250110

☀ 42,95 € 53,75 €



Die Reduzierung des Plastikmülls ist eine der größten Aufgaben der Menschheit im Kampf gegen den Klimawandel. Auch wir nehmen uns diesem Problem an und möchten alles dafür tun unseren Planeten, die Erde, nachhaltig für die kommenden Generationen zu sichern.

RUCKSACK RPET

Safepack, USB Ladeport, Trolleyband, Reißverschlussfach auf dem Schultergurt, Reißverschlussfach, Innen: gepolsterte Fächer für Laptop (15,6 Zoll) und Tablet, drei Einsteckfächer und Reißverschlussfach.

Material Recyceltes PET.

Maße ca. 47 x 33 x 19 cm.

Innenmaße Laptopfach

ca. 39 x 26 x 3 cm.

250010

☀ 36,95 € 46,25 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 31.10.2021.

Mehr Informationen zu den Produkten und viele weitere Angebote finden Sie im Online-Shop unter

www.osg-werbemittel.de

SYMPTOM: ZOOM-MÜDIGKEIT

Wenn Homeoffice krank macht

Hingeschaut

Seit der Pandemie gilt das Homeoffice als sichere Maßnahme zur Kontaktreduzierung. Doch der Psychotherapeut Sven Steffes-Holländer warnt: Dauerhafte Isolation kann zur psychischen Belastung mit Langzeitfolgen führen – die „Zoom-Müdigkeit“. In DP erklärt er, wie Beschäftigte und Dienstherrn vorbeugen können.

Sven Steffes-Holländer



Foto privat

Videokonferenzen begrenzen

Eine zentrale Erkenntnis der vergangenen anderthalb Jahre ist, dass Analogpräsenzformate wie Tischgespräche nicht eins zu eins in die Online-Welt übertragbar sind. Dreistündige Videokonferenzen bedeuten für viele Beschäftigte Stress. Im Gegensatz zu einem Telefonat stellen sie für die menschliche Psyche eine Reizüberflutung dar, denn wir müssen uns neben dem gesprochenen Wort auch auf das Bild unseres Gegenübers konzentrieren. Das führt zu Stress. Daher gilt: so viele Videokonferenzen wie nötig, so wenige wie möglich.

Erwartungen klar kommunizieren

Schulungen mit regionalen Polizeistellen haben verdeutlicht, dass Erwartungen an die Arbeit im Homeoffice ganz klar kommuniziert werden müssen. Kurz: Wie schnell muss ich Arbeitsaufträge erledigen? Womit kann ich mir Zeit lassen? Hier wird deutlich, dass die meisten Arbeitenden sich Hybrid-Modelle wünschen. Sie bevorzugen eine Mischung aus festen Anwesenheitszeiten und Zeiten, in denen eigenverantwortlich von Zuhause aus gearbeitet werden kann. Übrigens: Die Befürchtung des Dienstherrn, dass daheim die Arbeit liegen bleibt, hat sich nicht bestätigt.



info

Bei der Zoom-Müdigkeit (auch Zoom-Fatigue) handelt es sich um ein Phänomen, das es vor einem Jahr noch gar nicht gab: die Belastung und Müdigkeit durch Videokonferenzen. Der Begriff setzt sich aus dem Wort „Zoom“, also einer Videokommunikationsplattform, und dem französischen Wort „Fatigue“ zusammen. Das bedeutet übersetzt Müdigkeit oder Erschöpfung. Typische Symptome sind unter anderem abnehmende Konzentration, erhöhte Reizbarkeit, Kopf-, Glieder-, Rücken-, Magenschmerzen, Schlaf- oder Sehstörungen.

„Wir kennen dieses Phänomen der Erschöpfung durch digitale Endgeräte nur zu gut und leider steuern wir gerade auf ein Allzeithoch von Burn-outs zu“, sagt Sven Steffes-Holländer, Chefarzt der Heiligenfeld Klinik Berlin. Doch was ist das Belastende an dieser neuen Form der Kommunikation? Ein Videotelefonat sei eine Reizüberflutung für die menschliche Psyche, erklärt der Mediziner. Das Gehirn sei permanent damit beschäftigt, das Gegenüber zu entschlüsseln. Das führe zu Stress.

Sven Steffes-Holländer ist Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie. Er leitet die Heiligenfeld Klinik Berlin und ist Dozent und Gutachter für Psychosomatische Medizin, Psychotherapie und Sozialmedizin. Er arbeitet seit vielen Jahren psychotherapeutisch mit Polizisten.

Persönliche Kontakte aufrechterhalten

Im Homeoffice darf der Kontakt zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten auf keinen Fall abreißen. Es hat sich gezeigt, dass es wichtig ist, mit Kollegen, die von zu Hause arbeiten, regelmäßige Termine durchzuführen. Dinge, die sonst nebenbei auf dem Flur besprochen werden, brauchen ihren festen Platz während der Heimarbeit. Das beginnt damit, einfach mal nachzufragen „wie geht’s?“ und Arbeitsaufträge gemeinsam durchzugehen.

Zwischen Arbeit und privat trennen

Eine transparente Kommunikation der Arbeitserwartung und eine klare Trennung zwischen Arbeit und privat sind das A und O, um unter Homeoffice-Bedingungen gesund zu bleiben. Wenn diese Absprachen fehlen, kann sich daraus ein deutliches Problemfeld entwickeln. Niemand muss 24 Stunden erreichbar sein. Zeiterfassung und Überstunden sind ein wichtiges Thema. Vorsicht: In vielen Branchen hat sich die Arbeitszeit durch das Homeoffice erhöht.

Effiziente Arbeitsumgebung schaffen

Ein wesentlicher Punkt bei der Polizei ist die Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Das beginnt bei einer adäquaten Homeoffice-Ausstattung. Vom Drucker bis zu einer schnellen Internetverbindung muss es durch den Dienstherrn Fördermittel geben. Es darf nicht in der Eigenverantwortung der Mitarbeiter liegen, ihren Arbeitsplatz funktionsfähig zu machen.

Selbstorganisation fördern

Im Homeoffice ist ein hohes Maß an Selbstorganisation gefragt. Mitarbeiter, denen entsprechende Fähigkeiten fehlen, fühlen sich schnell abgehängt. Durch die zunehmende Digitalisierung betrifft das oft Ältere. Diesem Unterstützungsbedarf muss der Dienstherr gerecht werden. ■

Alles für Dich drin!



Das GdP-Plus Partner-Programm

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote*.

Jetzt einloggen und Vorteile checken!

www.gdp.de/GdP-Plus



Polizeiautohaus.de



Hast Du Fragen oder Anregungen?
Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an.
Reinhard Kaufmann hilft Dir gerne weiter.
E-Mail gdp-plus@gdp.de
Telefon 0211 7104 250

*Bitte beachtet hierbei, dass Euer Vertragspartner das jeweilige Unternehmen ist!



**GdP-Plus
Partner**

Hingeschaut



Foto: DJRIS/Gallume/stock.adobe.com

ELTERLICHE ERZIEHUNGS(UN)FÄHIGKEIT

Fehlstart vermeiden

Jugendämter und Familiengerichte werden nicht selten kritisiert, wenn sie Kinder oder Jugendliche wegen einer erheblichen Kindeswohlgefährdung vermeintlich zu früh in Obhut nehmen oder aus der Familie lösen, im gegenteiligen Fall übrigens ebenso.



Foto: Andreas Heilmann

Rainer Becker

Kaum im Fokus stand bislang die Frage, wie erziehungsfähig Eltern sind, die ihrem Kind vermitteln, dass Menschen aufgrund ihrer Religion, ihrer Herkunft oder sozialen Klasse minderwertig seien. ... Oder Eltern, die verdeutlichen, dass Kriminalität und das Gesetz des Stärkeren die einzigen Werte seien, die ihren Kindern einmal zu Reichtum, Macht und Anerkennung verhelfen würden? Elternteile, die ihr Kind zu eng an sich binden wollen, hören oft sehr schnell die Frage, ob und inwieweit sie überhaupt erziehungsfähig seien. Eine Frage, die neben bewusst agierenden, nur gleichgültigen oder gescheiterten Eltern im Falle radikalisierter Söhne und Töchter zumindest genauso gestellt werden müsste.

Statt sich mehr mit den Ursachen der Verirrungen dieser Kinder und Jugendlichen zu beschäftigen, bevor sie ganz „verloren gehen“, steigt jedoch die Empörung über Menschen verachtende Hassmails und Bedrohungen in sozialen Medien. Womöglich gibt es jedoch einen Bezugspunkt zu radikalen oder auch nur überforderten Eltern, deren Erziehungsfähigkeit viel öfter in Zweifel gezogen werden müsste, als es in der Praxis erfolgt. Hat das Ganze vielleicht einmal mit radikalen oder auch nur überforderten Eltern begonnen? Und: Kann es sein, dass es zu viele von ihnen gibt und sich Behörden und Gerichte auf Grund dieser hohen Zahl überfordert sehen würden?

Gefährdungen Dritter

Unser Verständnis von Rechtstaatlichkeit erlaubt keine anlasslose, amtliche Elternüberprüfung wegen des Verdachts der „gefährlichen Erziehung“. Aus gegebenem (Gefahren)Anlass müsste jedoch zwangsläufig ermittelt werden. Dieser kann bereits durch die Elternbeschwerde begründet sein, ein Mitschüler habe ihr Kind beispielsweise wegen seines Glaubens herabgesetzt – oder es fällt bei Einsätzen oder kriminalpolizeilichen Vorgängen etwas ins polizeiliche Auge. Nachhaltige Aufklärung erscheint vor diesen Hintergründen unbedingt notwendig.

Es dürfte unverhältnismäßig sein, ein sich rassistisch oder extremistisch äusserndes Kind gleich aus der Familie zu nehmen. Das zuständige Jugendamt wäre aber in der Pflicht, der Familie des Kindes zunächst einmal Hilfen zur Erziehung anzubieten. Damit könnten derartige Denkmuster zumindest hinterfragt und eventuell sogar aufgelöst werden. Ist das Kind oder der Jugendliche bereits (mehrfach) gegen andere Kinder und Jugendliche rassistisch oder extremistisch oder kriminell übergreifend geworden, ist der Fall anders gelagert. Dann wäre nicht mehr nur das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen gefährdet, sondern auch das Wohl Dritter. Dies wäre bei aller Toleranz gegenüber den Elternrechten nicht hinnehmbar und je nach Bewertung eine Inobhutnahme oder Herausnahme des Kindes oder Jugendlichen aus seiner Familie in Betracht zu ziehen.

Kindlichen Fehlstart vermeiden

Die in derartigen Fällen zuständigen Jugendämter können jedoch nur so gut und erfolgreich arbeiten, wie sie von Kindeswohlgefährdungen Kenntnis erhalten. Das heißt, sie brauchen mehr und bessere Hinweise von den „an der Quelle sitzenden“ Polizeibeamtinnen und -beamten des täglichen Dienstes sowie der Kriminalpolizei, die ihnen diese zu übermitteln haben. Wir können nicht eine zunehmende Aggressivität und Verrohung unserer Gesellschaft mit zunehmendem Hass und üblen Bedrohungen in den sozialen Medien beklagen, gleichzeitig jedoch wegsehen und sie ignorieren, statt den Anfängen zu wehren. ■

Im Gespräch

POLIZEILICHE KOMMUNIKATION

Noch Luft nach oben

Kommunikation kann sich niemand entziehen. Sie ist allgegenwärtig. Da scheint es als Polizei wichtig, die Fäden selbst in die Hand zu nehmen, statt sich einwickeln zu lassen. DP sprach mit dem Kommunikationsexperten Prof. Dr. Stefan Jarolimek über Medien, Kanäle und Kompetenzen.

Michael Zielasko

DP: Herr Professor Jarolimek, kommunizieren Kommunikationswissenschaftler konzentrierter?

Prof. Dr. Stefan Jarolimek: Einige vielleicht, aber sicher nicht alle. Wenn Sie mich direkt ansprechen, ich mache mir schon über Worte, Sprache und Wirkungen Gedanken, aber im Alltag flutscht dann schon mal etwas raus. Die Kommunikationswissenschaft kommt jedoch ursprünglich aus der Zeitungskunde. Es geht vor allem um medial vermittelte Kommunikation, weniger um sprachwissenschaftliche Feinheiten.

DP: Sie befassen sich an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) seit Ende 2015 mit polizeilicher Kommunikation. Was hat sich bis heute bewegt?

Jarolimek: Eine ganze Menge. Zu Beginn meiner Tätigkeit sind viele mit dem Thema Social Media auf mich und unser sehr kleines Team eingestürzt. Wir fanden zunächst noch nicht den richtigen Weg hinein, bis sich dann der Amoklauf von München im Sommer 2016 ereignete. Diese Tat wirkte auf die polizeilichen sozialen Medien wie ein Katalysator.

DP: Warum?

Jarolimek: Es wurde strukturell überlegt, über welche Kanäle die Polizei die Öffentlichkeit erreichen kann. Auch das Gestalten einer effizienten internen und vor allem strategischen Kommunikation wurde zügig ange-

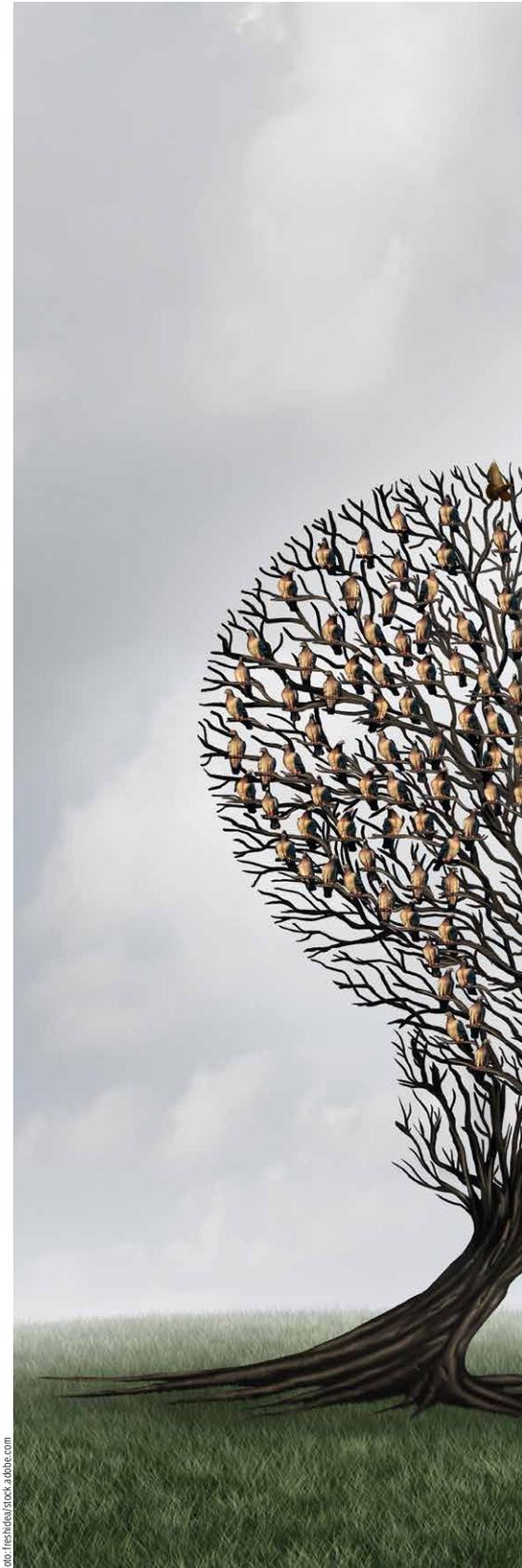
fasst. Was in Unternehmen schon vor 10, 15, teils vor 20 Jahren beobachtet werden konnte, hatte endlich die Polizei erreicht. Es ging plötzlich um Personal, Abteilungen und eine professionalisierte Kommunikation.

DP: Mit welchen aktuellen Kommunikationsanforderungen hat die Polizei zu tun?

Jarolimek: Mit der Pandemie nahm auch die Kommunikationsintensität zu. Denken Sie nur an die vielfältigen Verschwörungserzählungen oder Falschmeldungen insbesondere in sozialen Medien. Unter dem Strich wird der Polizei dort die Rolle des Prügelknaben zugewiesen. Sie muss die Entscheidungen der Regierungen draußen umsetzen. Zudem verschärfte sich der Ton in den sozialen Medien. Das gilt genauso für das ehemalige Intellektuellenportal Twitter wie für den Spaß- und Freude-Kanal Instagram. Es wird rauer. Festzustellen sind auch Skandalisierungstendenzen in der Presse. Da gibt es einen internen Wettbewerb, womöglich eine vermeintliche Konkurrenz mit der Polizei.

DP: Problemlage Polizei und Presse, beispielsweise bei Demonstrationseinsätzen. Das kommt bei Ihnen auch an, oder?

Jarolimek: Klar, immer wieder. Es gibt nur leider nicht die eine Antwort. Journalismus ist wichtig und soll geschützt werden. Die Situation und Aufgabe der Polizei müssen jedoch ebenso betrachtet werden. Da tun sich einige noch schwer, auf beiden Seiten. Der





vermeintliche Konflikt um das Erfüllen der jeweiligen Aufgaben sollte aufgelöst werden. Entscheidend ist, wie man miteinander umgeht, und über welche Kommunikationskompetenz man verfügt.

DP: Manche erkennen Polizeibeschäftigte nicht als Menschen an.

Jarolimek: Das gehört aber zum Berufsprofil, und es ist schwierig, damit umzugehen. Mache ich es jedoch besser, wenn ich genauso konfrontativ agiere? Als Polizist bin ich der neutrale staatliche Akteur. Ich muss wissen, dass ich einige nicht überzeugen werde. Ohne individuelle Stärke und Fingerspitzengefühl wird es jedoch immer schwierig.

DP: Gilt das Wort weiterhin als „schärfste Waffe“ der Polizei?

Jarolimek: Mir ist das zwar ein bisschen zu martialisch formuliert. Aber ja, es ist das beste Mittel, um Probleme und Konflikte zu lösen. Die polizeiliche Führung erkennt das zunehmend. Im operativen Dienst bekommt jeder eine Schusswaffe und übt damit. Bei einem Social-Media-Account ist das schwieriger. Die Chancen und Herausforderungen von Kommunikation stehen mittlerweile weiter oben auf der Tagesordnung.

DP: Ist nicht auch das Gespräch, das kommunikative Verhalten der Kolleginnen und Kollegen draußen immer wichtiger geworden?

Jarolimek: Der Bürger hat im Normalfall wenig Kontakt mit der Polizei. Für das polizeiliche Gegenüber kann dieser meist singuläre Kontakt, zum Beispiel bei einer Kontrolle oder Versammlung, sein Bild der Polizei prägen. Menschen ticken so. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Mitfilmens und Fotografierens brauchen die Kolleginnen und Kollegen draußen deutlich mehr Kommunikations- und Medienkompetenz als früher.

”

Im operativen Dienst bekommt jeder eine Schusswaffe und übt damit. Bei einem Social-Media-Account ist das schwieriger.

DP: Werden diese notwendigen neuen Fähigkeiten in der Aus- und Fortbildung ausreichend berücksichtigt?

Jarolimek: Nein, überhaupt nicht. Im Bereich der polizeilichen Hochschulen sehe ich mich allein auf weiter Flur. Selbst wenn die Expertise einsetzbar wäre oder man Kommunikationswissenschaftler hätte, wüsste man nicht, wohin mit ihnen. Sie würden irgendwo der Psychologie oder Soziologie untergeordnet, weil noch die Strukturen fehlen. Durch die steigenden Studierendenzahlen und die vollen Lehrpläne wird eben gesagt, das passt nicht mehr. Es kommt jedoch langsam Bewegung rein. Brandenburg hat aktuell ein Medienkompetenztool zur Verfügung gestellt, um für alle Polizistinnen und Polizisten eine grundlegende Basis zu schaffen: Was teile ich über WhatsApp, was nicht? Auch medienrechtliche Kenntnisse gehören dazu oder das Verändern von Eingriffstechniken, also, wie wirke ich nonverbal als Hundertschaft? Wie trete ich auf?

DP: Die Sichtbarkeit der Polizeien im medialen Raum nimmt zu.

Jarolimek: Die Sichtbarkeit war schon immer sehr hoch. Die Polizei ist ein Thema, das in der Presse immer gut geht. Schaut man

auf die am meisten gelesenen Artikel in regionalen Zeitungen, haben viele einen Blaulichtbezug. Zum gelesenen Artikel und der zwangsläufigen Sichtbarkeit auf der Straße kommen heute Fotos und Filme auf YouTube. Die sind außerdem weniger vergänglich als Zeitungsartikel.

DP: Wie sieht es mit der gewollten Sichtbarkeit der Polizei aus?

Jarolimek: Die fortschreitende Technologieentwicklung trägt dazu bei, dass die Polizei Reichweite und Öffentlichkeit günstiger und besser erreichen kann. Früher fertigte man eine Pressemeldung, hat eine Broschüre herausgegeben oder einen kleinen Themenabend veranstaltet. Heute werden Podcasts, soziale Medien, eigene Videoformate und die Homepage genutzt. Es ist wichtig, dort präsent zu sein.

DP: So könnte doch Polizeiarbeit womöglich besser erklärt werden, eine Hilfe für den Einsatz?

Jarolimek: Ja, das stimmt. Diese Transparenz polizeilichen Arbeitens wird sogar gefordert. Übrigens ein Phänomen, das nicht nur auf die Polizei zielt. Die Menschen möchten immer genauer wissen, welche Nebenverdienste Politiker haben, was in ihrem Müsli ist und wie die Zuliefererkette beim Lieblingspullover aussieht. Früher nahm man es hin, dass diese Informationen nicht so einfach verfügbar waren. Ja, es ist eine Chance, den Polizeiberuf zu erklären. Jedoch eine, die mit Herausforderungen verbunden ist, insbesondere wenn andere uns filmen und verkürzte Videos auftauchen.

DP: Ihre Einschätzung der Social-Media-Nutzung der Polizeien?

Jarolimek: Da ist Luft nach oben. Die Polizeien und auch andere Behörden müssen ein bisschen agiler werden. Das jahrelange Ab-

ANZEIGE

Schön schnell

Kein Bereitstellungspreis



Das Apple iPhone 12 mit 64 GB oder 128 GB zum Aktionspreis sichern und ins größte 5G-Netz Deutschlands einsteigen.

- Bis zu 170 € Preisvorteil auf das neue iPhone
- 20% Rabatt auf den mtl. Grundpreis im Business Mobil Tarif
- Bis zu 12 GB Extra-Datenvolumen im Monat kostenlos

Informieren lohnt sich:

- Mitarbeiter-Hotline: 0800 3300 34531
- E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
- Im Telekom Shop: [telekom.de/terminvereinbarung](https://www.telekom.de/terminvereinbarung)
- Ihre Vorteilnummer: MA023





Prof. Dr. Stefan Jarolimek leitet seit Oktober 2015 das Fachgebiet Kommunikationswissenschaften an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster-Hiltrup. Wenige Monate zuvor habilitierte er an der Universität Leipzig. Die akademische Laufbahn führte ihn unter anderem nach Berlin, Greifswald und Mainz.

Foto: privat

warten, bis etwas eingeführt wird, funktioniert heute nicht mehr. Um bestimmte Zielgruppen, beispielsweise für die Nachwuchswerbung oder eine wirksamere Prävention zu erreichen, muss man in der Lage sein, schneller die Kanäle zu wechseln. Sonst ist der Zug abgefahren, die Generation ist ausgewachsen und ein neuer Kanal ist da. Wir brauchen hierzulande sicherlich nicht so weit zu gehen wie in den Niederlanden, wo – überspitzt formuliert – jeder Polizeihuschrauber einen eigenen Twitterkanal hat. Doch beim „Digital Community Policing“ geht auf jeden Fall mehr. Das läuft bereits in Niedersachsen an, wo auf Twitter polizeiliche Ansprechpartner zu finden sind. Auch in England scheint es gute Erfahrungen zu geben. Da läuft der Polizist über die Straße und hat vielleicht Kontakt mit zehn Personen, seinen Tweet bekommen jedoch 100 Leute direkt zugesendet. Das ist sicherlich eine zeitgemäße Form der Bürgernähe.

DP: An der DHPol lehren Sie, ich zitiere, „strategische Kommunikation mit Anspruchsgruppen im Sinne eines integrierten Kommunikationsmanagement“. Was ist damit gemeint?

Jarolimek: Es reicht nicht aus, einfach nur zu kommunizieren. Dahinter sollte eine Strategie mit klaren Zielen stehen. Und ich sollte regelmäßig überprüfen, ob ich die gesteckten Ziele erreicht habe.

DP: Wer ist denn eine Anspruchsgruppe?

Jarolimek: Gemeint sind Zielgruppen. Festzustellen ist ein Personalaufwuchs in den Presse- und Öffentlichkeitsarbeitsbereichen der Polizeien. Dort fließen mehr Mittel rein. Vor zwei Jahrzehnten, in den Unternehmen, führte dies zu einer Professionalisierung. Die haben sich überlegt, was tun wir hier eigentlich? Also, nicht nur reaktiv Anfragen beantworten, sondern proaktiv Kommunikation gestalten. Wie benutze ich welchen Kanal, um ein Thema zu besetzen?

DP: Nun zur Praxis: Sie lassen Studierende den Umgang mit den Medien üben.

Jarolimek: Wir dividieren unsere Studierenden in Kleingruppen von etwa sechs bis sieben Personen. Die stellen wir vor Kameras. Das Training wird von erfahrenen Journalisten begleitet. Es werden kritische Fragen gestellt, es wird provoziert, die Filme dann ausgewertet. Ein typisches Kameratraining.

DP: Die GdP bietet ein vergleichbares Seminar seit Jahren an. Die Rückmeldungen sagen, das bringt was.

Jarolimek: Gerade im höheren Dienst steht man schnell mal vor der Kamera oder ist Protagonist einer Pressekonferenz. Wer es vorher trainiert und erlebt hat, geht mit einem besseren Gefühl dadurch.

DP: Wird die Bedeutung kultureller Kompetenz oder kulturell-kompetenter Kommunikation noch stärker zunehmen? Haben Sie das in Ihrem Lehrplan drin?

Jarolimek: Das haben wir. Nur ist in der Aus- und Fortbildung noch zu wenig Platz für unsere Themen. Unsere Gruppen sind auch zu groß und unsere Zeit zu knapp bemessen, um ein wirkliches interkulturelles Kompetenztraining zu machen. Dessen Bedeutung nimmt auf jeden Fall zu, die Relevanz wird erkannt. Über Jahre wurde das jedoch anders gesehen, nach dem Motto „brauche ich nicht, ich will ja nicht ins Ausland“. Das hat sich verändert, und in den einzelnen Polizeien wird dem mehr Beachtung geschenkt. Interessant wird die interkulturelle Kompetenz durch Bezüge zu aktuellen inländischen Themen wie die Radikalisierung im islamistischen Milieu. Ist es wichtig zu verstehen, warum jemand so reagiert, wie er es tut. Welche Feiertage gibt es? Welche Bedeutung wird damit verbunden. Eine grundsätzliche Offenheit dafür erscheint notwendig.

DP: Wie hoch ist der Anteil der Studierenden mit Migrationsgeschichte an der DHPol?

Jarolimek: Genau kann ich das nicht sagen, der Anteil steigt jedoch kontinuierlich. Wenn ich mit älteren Kollegen spreche, dann sagen die mir, vor zehn Jahren waren unsere Studierenden noch männlich und weiß, heute ist es schon relativ bunt.

DP: Es wird also nicht mehr lange dauern, bis eine Führungskraft beispielsweise einen türkischen oder arabischen Namen trägt?

Jarolimek: Absolut. Dazu kommt ein relativ hoher Frauenanteil oder verschiedene Formen der sexuellen Orientierung.

DP: Wo kann die Polizei in der internen Kommunikation besser werden?

Jarolimek: Social Media ist nunmehr zugelassen, die Homepages laufen, der größte

Bedarf ist im Intranet zu verorten. Vor ein paar Jahren musste ich dort, wenn ich einen Artikel lesen wollte, jeweils ein neues Dokument öffnen. Das macht man bei zwei Artikeln, dann hat man keine Lust mehr. Da ist Niedersachsen gerade vorgeprescht.

DP: Sie meinen deren interne Social-Media-Plattform?

Jarolimek: Genau, Unternehmen machen das schon seit vielen Jahren. Was die niedersächsischen Kolleginnen und Kolleginnen tun, ist trotzdem spannend und modern. Das wird die Organisation verändern – von der Hierarchie zum Netzwerk. Noch einmal zurück zu den Verbesserungen: Der Nachrichtendurchfluss sollte funktionieren. Oft kommt das von oben Gesendete unten nicht an, versendet irgendwo. Auf der anderen Seite wird das, was unten brodelte, oben nicht wahrgenommen. Das ist im Besonderen für die Einsatzkommunikation wichtig. Es wäre sicherlich besser, wenn die Information nicht über Google News zu den Kräften gelangt oder diese einen privaten Account mitlaufen lassen müssen, um auf Stand zu sein.

DP: Die GdP hat vor einiger Zeit eine präventive Öffentlichkeitsarbeit zum Schutz von Einsatzkräften gefordert. Beispiel: Ein Hund wird erschossen, ein massiver Shitstorm entwickelt sich, Beamte werden sogar bis ins Private belästigt. Ein guter Ansatz?

Jarolimek: Ja. Es kommt zwar auf den Einzelfall an, weil aber die Presse auf solche Ereignisse anspringt, wären schnelle Social-Media-Aktivitäten sicherlich hilfreich. Grundsätzlich sollte sich die Polizei einen Reputationspuffer zulegen, also schon im Vorhinein ihre Arbeit erklären und ein positives Markenimage festigen. Wer das Handeln der Polizei versteht, ist eher bereit, Maßnahmen nachzuvollziehen und ihnen zu folgen. Man sollte sich als Polizei auch zeigen, wenn gerade einmal nichts anbrennt. Ein kleines Beispiel: Wenn ich nie da bin, nie etwas erkläre, nie freundlich bin, aber dann plötzlich auftauche und nur rumstänkere, das kommt nicht gut an. Auf verschiedenen Kanälen sichtbar zu sein und zu erklären ist besser.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

Hingeschaut

URKUNDENFÄLSCHUNG

„Mir ist das Ding komisch vorgekommen“

Ralf Kubis hat ein Auge fürs Detail. Als Experte für Urkundenfälschung sah er in den vergangenen drei Jahrzehnten alles Mögliche und Unmögliche. Eine Rückblende.

Ralf Kubis



Foto: priet

Seit mehr als 30 Jahren beschäftige ich mich mit dem Thema Urkundenfälschung. Die Anfänge waren leicht und schnell gemacht, ging es doch zu allererst darum, Dokumente direkt miteinander zu vergleichen. Zu Beginn stellten wir rumänische Heimreisescheine fest, die in Form und Aufbau voneinander abwichen. Die Scheine wurden ausschließlich in den Konsulaten ausgestellt, sodass ein kurzer Anruf genügte und wir Bescheid wussten. Später untersuchten wir fragwürdige Dokumente genauer, erkannten drucktechnische Besonderheiten, die wir dokumentierten.

Schnell stellten die Kolleginnen und Kollegen so große Mengen davon fest, dass ein Verdrängungseffekt an andere Dienststellen und Reisewege stattfand. Auch dort halfen unsere Bildvergleiche, und die Fälschungen nahmen ab.

Zu einem späteren Zeitpunkt wurden niederländische Fahrzeugpapiere in großen Mengen gefälscht. Es folgten selbst ge-

malte Kennzeichen alter DDR-Fahrzeuge, gefälschte „Grüne Karten“, Führerscheine aller Art bis zu Ausweisdokumenten, die semiprofessionell in Bulgarien hergestellt worden waren.

Wer sich mit dem Thema befasst, kennt die Probleme bei der Feststellung der Echtheit von Dokumenten. Insbesondere dann, wenn ein professioneller Offsetdruck vorliegt und man selbst nur mit Halbwissen ausgestattet ist. Wir saugten förmlich alle verfügbaren Informationen auf und verbesserten damit zunächst unsere eigenen Kenntnisse. Den Satz: „Mir ist das Ding komisch vorgekommen“, hörte ich oft.

Aufbau Schwerpunktprüfstelle

Ich hatte schnell erkannt, dass ich als Einzelkämpfer wenig ausrichten konnte. Rund um die Uhr war ich mit der Bewertung von Dokumenten befasst. Teilweise wurde ich

sogar nachts zu Hause aufgesucht. Das hielt ich im Schichtdienst körperlich nicht lange durch. Ich bekam eine Stelle als Ermittler im Tagdienst und einen Kollegen zur Unterstützung. Um Vergleichsmaterial auszubauen, fotografierten wir alles, was uns in die Finger kam. Geordnet und katalogisiert, füllte unser Material 120 Ordner. Diese riesige und einzigartige Dokumentensammlung half in den Anfängen sehr gut. Doch irgendwann hielt sie der Entwicklung im Urkundensektor und der wachsenden Digitalisierung nicht länger stand. Mit zwei weiteren Kollegen baute ich die „Schwerpunktprüfstelle Urkunden“ auf – mit Sitz im damaligen Grenzschutzamt Chemnitz.

Wieder holte uns die Zeit ein. Die herstellerbedingten Veränderungen von Integrationstechniken führten dazu, dass unser mühselig gesammeltes Vergleichsmaterial nicht mehr aktuell war. Es bedurfte ständiger inhaltlicher Pflege, die wir aus Zeitmangel nicht leisten konnten. Umdenken war gefragt. Wir verfolgten das ursprüngliche Ziel Sicherheitsmerkmale aus einem Glossar mit regelmäßig auftretenden Fälschungen abzugleichen. Die Beamtinnen und Beamten mussten nur die entsprechenden Sicherheitsmerkmale auf dem Dokument mit dem Vergleichsmaterial abgleichen. Klingt einfach. Nur, wie bringt man jemandem bei, welche Merkmale bei einer Druckart entstehen? Und was, wenn die entsprechende Person keine Vorstellungskraft für mechanische Vorgänge hat? Da halfen nur Geduld, Erläuterungen, und Besuche von Werkstätten wie einer Papierherstellung oder der Bundesdruckerei.

Ein Loch ist im Eimer

Anfangs funktionierte nichts ohne private Technik. Kamera, Diaprojektor und dazugehöriges Equipment, später auch der Stand-Alone PC mit Scanner und Drucker – alles wurde privat beschafft. Oft fehlt es bereits an Grundlegendem. An der Basis existieren nicht einmal genügend Lupen mit Licht und ausreichender Vergrößerung. Vorhandene Technik ist teilweise so alt, dass es keine Ersatzteile mehr gibt. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich eigene Lichtlupen beschafft, um halbwegs sicher zu sein, dass ihnen wenigstens die einfachen Fälschungen auffallen.

Ralf Kubis wurde 1963 geboren. In Zinnwald erlebte er die Wende hautnah und wurde dann zum Bundesgrenzschutz übernommen. Aus Interesse an Urkundendelikten baute er mit Kollegen des damaligen BPOLAMt Chemnitz eine Urkundenprüfstelle auf. Kubis arbeitet heute an der BPOLI Berggießhübel als einer der Urkundenbeauftragten.

Dranbleiben

Heute sind viele Sicherheitsmerkmale für die Bewertung von Dokumenten wertlos. Fälscher ahmen sie in beachtenswerter Qualität nach. Dazu gehören primär UV-Aufdrucke oder UV-reaktive Farben. Ein Eins-zu-Eins-Vergleich mit dem Original kann prägnante Fehler sichtbar machen. Jedoch ist diese Herangehensweise an der Basis durch die Vielfalt der Dokumente nicht praktikabel.

Es bleibt zu bemerken, dass alles an Urkunden gefälscht wird, was es gibt, und Fälschungen nicht der Fälschung wegen hergestellt werden. Urkundenfälschung ist immer ein Einstiegsdelikt für andere Straftaten.

Die Hersteller versuchen all diesen Fälschungen mit neuen technischen Raffineszen zu begegnen. Wer als Polizist bei dieser Entwicklung mithalten will, kann nur selbst tätig werden und alle Informationen und alle Kanäle nutzen, die dafür zugänglich sind. In diesem Sinne wünsche ich allen Mitstreitern in diesem Sektor viel Erfolg und bleibt am Ball! ■



Im Februar berichtete Benjamin Becker in DP über gefälschte Urkunden. Der technische Vorsprung der Fälscher könne verkürzt, der Druck auf sie drastisch erhöht werden, erklärte er. DP-Autor Ralf Kubis ist schon etwas länger im Geschäft als sein schleswig-holsteinischer Kollege. Dessen Titelgeschichte hat ihn animiert, auf seine eigenen Erfahrungen mit Fälschungen zurückzublicken.



Hier geht es zum DP-Beitrag.

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten -

2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Sensationell günstig

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de

www.AK-Finanz.de

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Zukunft Mobilität



Mobilität im Wandel

Mehr Infos auf
www.zukunft-mobilitaet.info

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ **0800-33 10 332**
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal



Porträts der Opfer des rassistischen Anschlags werden auf der Kundgebung zum Gedenken vor einem Jahr in Hanau hochgehalten.

DIE BUNDESREPUBLIK UND DAS DEUTSCHE NS-ERBE

Wider das Vergessen

Mitte Februar wurde bundesweit der neun Opfer des ausländergefeindlichen Attentats im hessischen Hanau gedacht. Nur wenig später wurde das Gedenken an die Toten – mutmaßlich von rechtsextremer Seite – geschändet. Für DP-Autor Dr. Harald Bergsdorf bleibt die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eine Daueraufgabe für die Demokratie.

Dr. Harald Bergsdorf

Immer wieder beunruhigt und erschüttert Rechtsextremismus die Bundesrepublik. Einschlägige Einstellungen und Verhaltensmuster gehören zu den zentralen Bedrohungen der Demokratie und ihrer Grundwerte. Wie aktuell die Aufgabe ist, Rechtsextremismus zu analysieren und abzuwehren, unterstreichen rechtsextremistisch motivierte Morde, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Auf bereits hohem Niveau steigt seit Jahren die Zahl antisemitischer Straftaten, darunter Holocaustleugnung. Ein besonders hoher Anteil solcher Straftaten stammt von Rechtsextremisten. Antisemitismus zählt zu den konstitutiven Elementen rechtsextremistischer Ideologien und Weltdeutungen. Nur ein besonders markantes Beispiel für antisemitisch motivierte Gewaltverbre-

chen ist der versuchte Anschlag auf die Synagoge in Halle an der Saale im Oktober 2019, bei dem der Täter zwei Menschen erschoss. Der Todesschütze wollte die Synagoge stürmen und zahlreiche Menschen offenbar ausschließlich deshalb töten, weil sie Juden sind. Von ausgeprägtem Rassismus wiederum zeugen die Morde von Hanau im Februar 2020.

Problematische Kontinuitäten

Die Bundesrepublik beschäftigt sich bereits seit ihrer Gründung mit dem deutschen NS-Erbe. Hierbei durchlief die westdeutsche Demokratie verschiedene Phasen. Auch wenn sich Gründer der Bundesrepublik wie Konrad Adenauer, Eugen Gerstenmaier, Jakob

Kaiser, Theodor Heuss, Thomas Dehler, Kurt Schumacher und Carlo Schmid vom Nationalsozialismus fern gehalten oder die Hitler-Diktatur gar aktiv bekämpft hatten: In öffentlichen Ämtern agierten nach dem 8. Mai 1945 auch Leute wie jene Richter, die schon dem NS-„Richter“ Roland Freisler gedient hatten. Sogar im Bundeskabinett unter Kanzler Adenauer amtierte mit Theodor Oberländer ein einst „tiefbrauner“ Minister, der als Repräsentant für Millionen Vertriebene fungierte. Im Kontrast dazu hatte das NS-Regime Adenauer nach der „Macht ergreifung“ aus dem Amt des Kölner Oberbürgermeisters gedrängt, verfolgt und später einige Zeit inhaftiert. Bereits in der Frühphase der Bundesrepublik existierten damit – neben tiefgreifenden Umbrüchen – auch problematische, insbesondere personelle Kontinuitäten in einigen Spitzenfunktionen.

Rechte Wahlerfolge

Zwar basierten sowohl die Verfassungsordnung als auch die innen- und außenpolitischen Grundlinien der Bundesrepublik auf einem Anti-Hitler-Konsens, ja ursprünglich sogar auf einem antiextremistischen und antitotalitären Fundament. Doch erreichten nach „Weimar“ und Hitler rechtsextremistische Parteien in der Bundesrepublik frühzeitig Wahlerfolge. Insbesondere die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) und später die lupenrein rechtsextremistische „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) versuchten, Anhänger hinter sich zu scharren – phasen- und gebietsweise mit Erfolg. Gerade auch unter SRP-Anhängern gab es viele unverbesserliche, unbelehrbare Nationalsozialisten und verurteilte NS-Täter. Die SRP sammelte solche Deutsche nicht obwohl, sondern weil sie „gläubige“ Hitler-

Anhänger gewesen und vor allem geblieben waren.

Das Schlimmste geleugnet

Zu den Leitfiguren der SRP gehörte damals Otto Ernst Remer, dessen Wachbataillon in Berlin den Aufstand des 20. Juli 1944 niedergeschlagen hatte. Später leugnete Remer die Existenz der Gaskammern. Mancher Haupttäter, zum Beispiel der trickreiche Albert Speer, zeitweise faktisch der zweite Mann im „Dritten Reich“, erhielten im Nürnberger Prozess nur eine geringe Strafe – gemessen an seiner Mitwisserschaft und vor allem seiner Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das hat zuletzt insbesondere der Historiker Magnus Brechtken, stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, durch seine wegweisende Speer-Biographie gezeigt. Selbst ein NS-Gegner wie Willy Brandt hatte Speers Tochter Hilde zur Haftentlassung ihres Vaters 1966 Blumen geschickt.

Skepsis gegenüber der Demokratie

Die Mehrheit der Deutschen bekannte sich nach dem Krieg erst allmählich zur rechtsstaatlichen Demokratie – aus innerer Überzeugung oder nur aus Opportunismus. Immerhin lebte Ende 1945 in Deutschland unter rund 65 Millionen Einwohnern ein hoher Anteil früherer NSDAP-Mitglieder mit ihren Familien. Hinzu kamen Millionen Mitläufer. Darunter befanden sich viele Leute mit weiterhin starker Skepsis gegenüber der rechtsstaatlichen Demokratie. Auf Grund ihrer Erfahrungen in und mit der Weimarer Republik identifizierten sie Demokratie vielfach mit politisch motivierten Morden und mit Massenarmut. Nicht nur nach dem Ersten, sondern auch nach dem Zweiten Weltkrieg litten zahlreiche Deutsche tatsächlich soziale Not. Viele Familien betraurten ihre Gefallenen und bangten um Vermisste und Kriegsgefangene. Das minderte oft ihre Fähigkeit und Bereitschaft, sich mit eigenen Verstrickungen zu befassen oder gar Fragen nach Kriegsursachen und den singulären NS-Massenverbrechen zu stellen und zu beantworten.

Die baldige Integration der jungen Bundesrepublik in den antitotalitären Abwehr-

riegel der Westalliierten leistete ebenfalls keinen Beitrag, in der westdeutschen Gesellschaft die Auseinandersetzung mit Hitlers Angriffskrieg und den nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu fördern oder gar Empathie mit Opfern der NS-Massenmorde zu zeigen. Das bedeutet: Das damalige Engagement gegen den roten Totalitarismus im Osten nährte die Neigung, die Vergangenheit des braunen Totalitarismus zu verdrängen.

Alle demokratischen Parteien versuchten frühzeitig auf unterschiedliche Weise, das große Wählerpotenzial an Orientierungslosen und früheren Mitläufern für sich und damit die rechtsstaatliche Demokratie zu gewinnen. Hierbei dominierte üblicherweise das Ziel, neue Wähler – auch im Wettbewerb mit rechtsextremistischen Parteien – zu überzeugen, gegenüber ethischer Konsequenz oder gar moralischem Maximalismus im Umgang mit NS-belasteten Personen. Regierung und Opposition konnten sich frei nach Bert Brecht kein neues Volk suchen. Dafür war die Zahl der NS-Verstrickten nach dem Krieg zu hoch. Alle NS-Belasteten politisch auszuschließen, hätte wie ein Förderprogramm für Rechtsextremismus wirken können.

Wichtiges Signal

Gerade auch durch den wirtschaftlichen Aufschwung, der bald nach dem Krieg einsetzte, gelang es, Millionen von Entwurzelten schrittweise zu integrieren. Unter anderem das von der Bundesregierung beantragte und vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochene SRP-Verbot 1952 (und das KPD-Verbot 1956) half „der jungen Demokratie durchzuhalten, bis die ersten politischen und ökonomischen Erfolge sichtbar und spürbar wurden“, wie der Historiker und Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg bemerkt. Ein wichtiges Signal gegen manche Widerstände setzte die Bundesregierung unter Konrad Adenauer auch mit ihrer politisch und rein moralisch gebotenen Politik der „Wiedergutmachung“ gegenüber Israel und dem Judentum.

Kernelement

Mit wachsendem Abstand zur Hitler-Zeit avancierte die klare Ablehnung des „Drit-

DP-Autor Dr. Harald Bergsdorf ist Politikwissenschaftler, Zeithistoriker und Buchautor aus Bonn. Er arbeitet zu den Schwerpunkten Parteien, Demokratie, Extremismus, Terrorismus und deutsche Geschichte seit 1870/71.

ten Reiches“ durch die Mehrheit der Deutschen immer stärker zu einem Kernelement der politischen Kultur der Bundesrepublik. Allmählich besserte sich das Bild der meisten Deutschen von Widerstandskämpfern und Emigranten, wie Repräsentativumfragen zeigen. Hitler und der Nationalsozialismus verloren mit der Zeit dagegen an Rückhalt in der Bevölkerung.

Einen frühen Beitrag zur Aufklärung hatten die Nürnberger Prozesse geleistet, in denen die Alliierten einige Haupttäter verurteilt und Todesstrafen exekutiert hatten. Insgesamt vollstreckten die Westalliierten fast 500 Todesurteile. „Ungeschoren“ blieben eher ‚kleine‘ als ‚große‘ Täter. Später folgten unter anderem der Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958, der zur Gründung der „zentralen Erfassungsstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg“ durch die Landesjustizminister führte, und der Frankfurter Auschwitz-Prozess ab 1963, den der hessische Generalstaatsanwalt und Sozialdemokrat Fritz Bauer maßgeblich initiiert hatte.

Darüber hinaus befassten sich Geschichts- und Politikwissenschaft (unter anderem durch die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte 1949 mit der NS-Forschung als einem Schwerpunkt) und die politische Bildung frühzeitig mit der Hitler-Diktatur und ihren Massenverbrechen, um die allmähliche Abkehr der meisten Deutschen vom Nationalsozialismus zu unterstützen. So veröffentlichten namhafte Wissenschaftler bereits kurz nach Kriegsende auflagenstarke Bücher über die Hitler-Diktatur (unter anderem „Die Schuldfrage“ von Karl Jaspers, „Der SS-Staat“ von Eugen Kogon und „Die deutsche Katastrophe“ von Friedrich Meinecke). Die starke, abstrakte Ablehnung Hitlers in der Öffentlichkeit begleitete freilich eine zunächst oft eher schwache Neigung, konkrete Fragen nach persönlicher Mitverantwortung oder Schuld aufzuwerfen.

Umso wichtiger ist heute und künftig die kontinuierliche Beschäftigung mit der „Hitlerlei“ (Sebastian Haffner) und ihren Massenverbrechen. Weiterhin bleibt die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur eine wichtige Daueraufgabe für die demokratische Gesellschaft. Dazu gehört es, den aktuellen Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Facetten ebenso zu bekämpfen wie andere Demokratiegegner und -feinde verschiedener Couleur. ■

Hingeschaut

RÜBERGEMACHT

Ein Volkspolizist auf Westbesuch

In dieser dreiteiligen Serie erzählt der ehemalige Volkspolizist Uwe Bräuning von seinen Erlebnissen während eines zehntägigen Beamtenaustauschs mit den alten Ländern im März 1992.
Teil 1: Go West!

Uwe Bräuning

Die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung gehören aus Sicht der Brandenburger Polizei wohl zu den spannendsten Epochen in ihrer noch jungen Geschichte. Nachts zogen Rumänen-Banden plündernd durch Büros und Geschäfte. Schwindler aus dem Westen heimsten unter Vortäuschung falscher Tatsachen Millionenbeträge ein, ehe sie auf Nimmerwiedersehen verschwanden. Skinheads machten Jagd auf alles und jeden, der anders aussah oder eine andere Meinung vertrat. Beinahe täglich sah sich die Polizei mit immer neuen Formen der Kriminalität konfrontiert. Und nicht zuletzt hatten die gerade erst vom „Volkspolizei-Grün“ in die einst von einem Modedesigner Namens Heinz Östergart kreierten Uniformen gewechselten Ordnungshüter tüchtig mit sich selbst zu tun. Zum einen wegen der Anpassung an die neue Zeit. Zum anderen wegen der „Dämonen der Vergangenheit.“

Darüber wurde und wird viel berichtet. Nur eine wichtige Begebenheit spielt offenbar in der Betrachtung der Historiker keine Rolle: Der Anfang 1992 zwischen den Innenministerien der Länder Brandenburg und Nordrhein-Westfalen initiierte Austausch von Polizeibeamtinnen und -beamten. Sofern man im Bereich der Polizei Brandenburgs zu dem Zeitpunkt schon von „richtigen Beamten“ sprechen konnte. Aber das nur nebenbei.

Selbst der Begriff „Beamtenaustausch“ klingt ein wenig übertrieben. Faktisch handelte es sich um gegenseitige, in der Regel auf einen Zeitraum von zehn bis vierzehn Tagen begrenzte Konsultationen in zu-

vor bestimmten Dienststellen beider Länder. Für die im Lern- und Anpassungsprozess befindlichen Polizeibeschäftigten aus Brandenburg besaßen die Hospitationen den Status einer Fortbildungsmaßnahme. Selbstverständlich diente diese auch dem gegenseitigen Kennenlernen und nicht zuletzt dem Abbau von Vorurteilen.

Die Polizei agierte in jenen Tagen als Vorreiter bei der weiteren deutsch-deutschen Annäherung. Was keineswegs ohne Risiken war. Schließlich hatten sich die beteiligten Polizisten noch zwei Jahre zuvor, wenigstens theoretisch, „als Feinde betrachtet“. Das traf zumindest auf uns ehemalige Volkspolizisten zu. Hatte man uns nicht immer eingeschärft, dass der Polizist in der Bundesrepublik nichts anderes als ein „willfähriger Büttel des Kapitals“ war, der obendrein stets gegen das eigene Volk handelte?

Diese Einschätzung hatte sich bereits kurz vor der Wiedervereinigung gewandelt. Von nun an transportieren unsere Vorgesetzten ein völlig anderes Bild vom „Ordnungshüter West“. Das des „unfehlbaren Superpolizisten.“ Absolut perfekt und jeder Situation gewachsen. An diesem Idealbild sollten sich künftig alle Polizisten messen lassen. Es verwundert wohl niemanden, dass dieser Unfug die ohnehin bereits vorhandene Verunsicherung in den Reihen der auf ihre Übernahme hoffenden Volkspolizisten weiter verstärkte. Wer lässt sich schon gerne mit „Supermännern“ messen?

Ich muss ehrlich gestehen, der angelauften Hospitation in unserem Partnerland

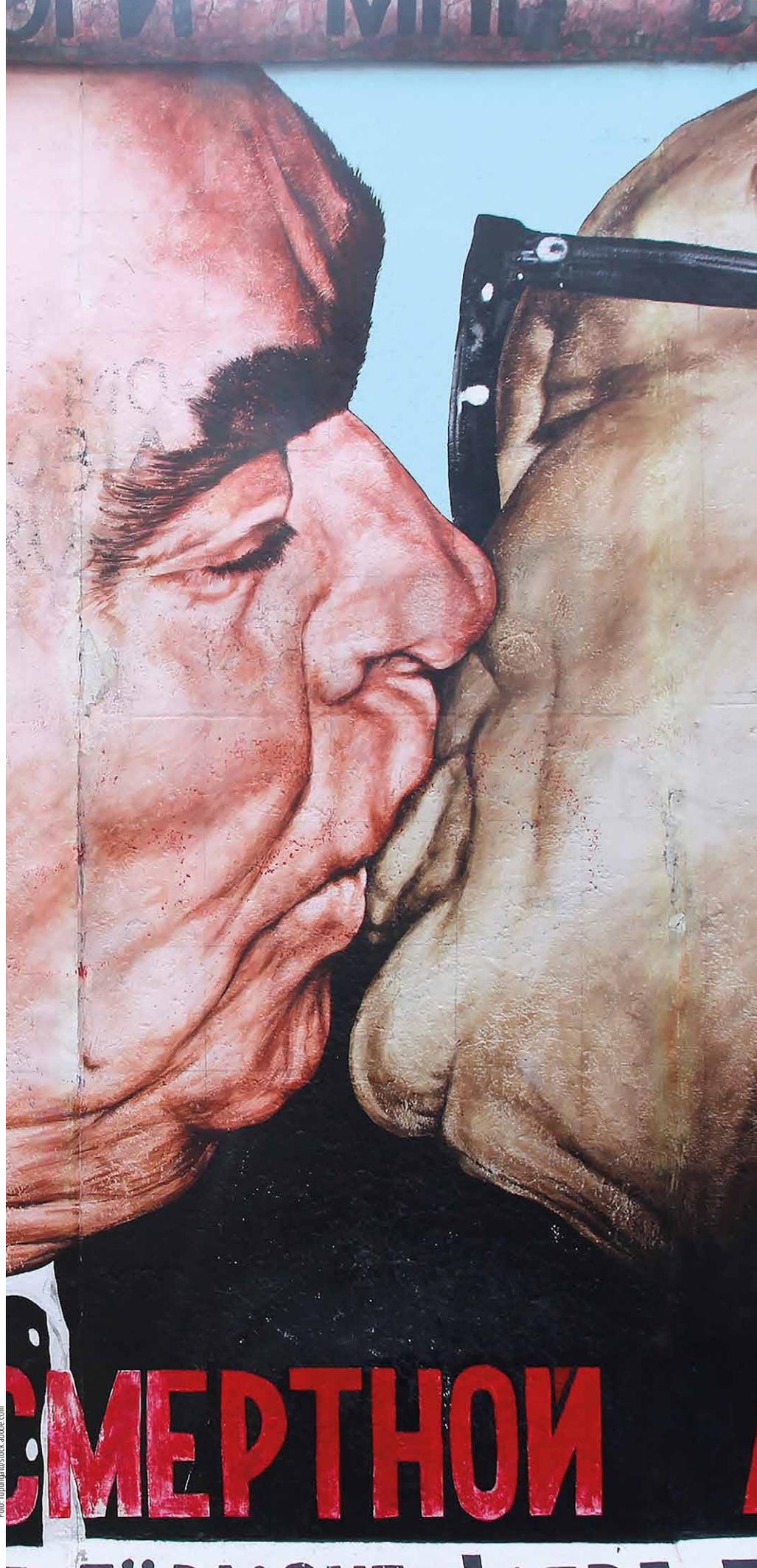
NRW zunächst sehr skeptisch gegenüberstanden zu haben. Entgegen meinen sonstigen Gewohnheiten meldete ich mich nicht freiwillig zu dem 1992 angelaufenen Austausch. Selbst als die ersten Kollegen der damaligen Dienststelle, der Polizeiwache Seelow, von ihrer dienstlichen „Westreise“ zurückkehrten und begeistert von ihren Impressionen berichteten, blieb ich skeptisch. Ich befürchtete auf eine voreingenommene Truppe zu stoßen, die in mir nichts anders als einen „tumben Ex-Volkspolizisten“ sah, dessen einzige Qualifikation im Umgang mit dem Gummiknüppel bestand. Darauf konnte ich nun wirklich verzichten.

Auftrag: Go West!

Eines Tages Ende März 1992 bestellte mich unser Wacheleiter, PHK Dietrich Städtke, in sein Dienstzimmer. Ohne Umschweife teilte er mit, dass ich Anfang April für einen „Beamtenaustausch“ in Nordrhein-Westfalen vorgesehen war. Der damalige Schutzbereich III des mittlerweile ebenfalls damaligen Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) fehlten noch Teilnehmer. Der eigentlich für die Abordnung vorgesehene Kollege aus Strausberg passte nicht in die neue Uniform. Für ihn musste eigens ein Exemplar geschneidert werden. So lange verrichtete er noch in seiner Volkspolizeiuniform Dienst. Das mag im brandenburgischen Strausberg damals niemand gestört haben. In Nordrhein-Westfalen jedoch dürfte er damit wohl neben Heiterkeit für „politische Verwirrung“ sorgen. Daher musste er schweren Herzens auf die Teilnahme verzichten.

Mir passte dagegen zwar die neue Uniform, nicht jedoch das Ansinnen meines Vorgesetzten. Zu widersprechen wagte ich jedoch nicht. So fand ich mich am 6. April gegen sechs Uhr, einem Montag, brav auf dem Innenhof des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) ein. Mit mir Polizisten und einige Polizistinnen. Letztere stellten zu jener Zeit noch eine Minderheit in der einstigen Männerdomäne dar.

Meine Begeisterung hielt sich noch immer in recht überschaubaren Grenzen. Nicht ohne Grund! Mein damals dreijähriger Sohn hatte im Februar eine Lungenentzündung erlitten, die einen Krankenhausaufenthalt nach sich zog. Kurz vor der Abreise war er erneut an einem fiebrigen Infekt erkrankt. Mich plagten



große Sorgen. Zum Glück verlief die Krankheit nicht derart schwer, dass ich absagen musste. Trotzdem fühlte ich mich unwohl.

Über das Reiseziel wusste ich wenig. Nur das es sich irgendwo bei Münster befinden sollte. Zuhause hatte ich erzählt, dass es „in die Nähe von Köln geht.“ Jetzt kann man mich gänzlich für bekloppt halten oder meine geografischen Fähigkeiten in Zweifel ziehen. 1992 lag für mich jeder Ort in NRW noch „in der Nähe von Köln“. Mittlerweile, nachdem ich diesen westlichen Landstrich mehrfach bereist habe, muss ich selbst über meine damalige Unwissenheit schmunzeln. Ganz so abwegig ist die Bezeichnung „tumber Volkspolizist“, zumindest zu jenem Zeitpunkt, wohl doch nicht gewesen.

Bevor wir in den bereitstehenden, noch aus dem Fuhrpark der einstigen „Bezirksbehörde der Volkspolizei Frankfurt (Oder)“ stammenden Ikarus-Bus stiegen, der uns in den kommenden Stunden durch Deutschland kutschieren sollte, hielt Polizeipräsident Hartmut Lietsch eine Abschiedsrede. Er legte uns ans Herz, die kommenden Tage nicht als Urlaub, sondern viel mehr als Weiterbildung zu sehen. An der Seite erfahrener Kollegen wurden wir vor Ort in die Aspekte der Polizeiarbeit unterwiesen. „Und was machen wir hier bei uns? Ist das keine Polizeiarbeit?“, murmelte mir mein Nebenmann leise, aber hörbar verärgert zu.

Die These, dass wir keine „richtigen Polizisten“ sind, schwang damals mehr oder weniger offen immer mit. Sachlich betrachtet, angesichts der vergleichsweise kurzen Ausbildungszeit und dem weitaus geringeren Anforderungsspektrum bei der Volkspolizei, besaß diese Aussage durchaus ihre Berechtigung. Wir hatten nun einmal einen großen Nachholbedarf. Bei aller Einsicht wollten wir jedoch nicht bei jeder Gelegenheit daran erinnert werden.

Von Frankfurt (Oder) ging es über die A 12, 10 und 2 immer weiter gen Westen. Vor dem Busfenster sah ich die ehemalige Grenzübergangsstelle (GÜST) Marienborn vorbeiziehen. Aus diesem Blickwinkel wirkte das weitläufige Areal, so als könnten die Mitarbeiter von Passkontrolle und Zoll jederzeit an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Dahinter stand ein verwaister Bobachtungsturm der Grenztruppen. Wer hier oben, so dicht an der Grenzlinie zum „Kapitalismus“ auf Posten stand, besaß das volle Vertrauen der Staatssicherheit.



Beim Überrollen der eigentlich nicht mehr vorhandenen, demnach bedeutungslosen staatlichen Trennlinie, verspürte ich ein mulmiges Gefühl in der Magengegend. So wie früher, als ich einmal heimlich über einen fremden Gartenzaun kletterte. Ich hatte etwas getan, was ich nicht tun durfte. Dieses Gefühl überkam mich auch bei gelegentlichen Besuchen im früheren Westberlin, beim Überqueren der längst unsichtbaren Grenzlinie. Viele Jahre später erfuhr ich von einer Kollegin aus dem Westteil Berlins, dass sie dieses Gefühl bei Reisen in den Ostteil der Stadt ebenfalls über Jahre verspürt hatte. Mittlerweile ist es jedoch auch bei mir längst verschwunden.

Gegen Mittag erreichten wir Warendorf im Münsterland. Dort stiegen die ersten Kollegen aus. Nach einem Zwischenstopp an der Polizeiführungsakademie in Münster kam die Abordnung des Schutzbereiches III an unserem Einsatzort, der Kleinstadt Steinfurt, an.

Empfangen vom Dienststellenleiter wurden wir danach Kollegen zugeordnet.

Bislang war ich fest davon ausgegangen, irgendwo zentral mit den anderen Brandenburgern untergebracht zu werden. Nichts da! Der Dienststellenleiter hatte sich vielmehr kurzfristig entschieden, uns Polizeifamilien „anzugliedern“. Bewerber gab es genug. Mir schmeckte das ganz und gar nicht. Sollte die „Umerziehung“ nun auch nach Dienstschluss über die Bühne gehen? Ich wurde einem freundlich lächelnden, sportlichen Mittdreißiger übergeben. „Ich bin der Ludger“, begrüßte er mich. „Und du mußt der Uwe sein. Ich fahre dich erstmal zu mir nach Hause. Dort kannst du dich von der langen Fahrt ausruhen.“

Der freundliche Kollege, ein Polizeiobermeister so wie ich, verriet mir auch seinen Nachnamen: Dwersteg. Für jemanden vom äußersten östlichen Rand des vereinigten Deutschlands klangen Vor- und Familienname meines Quartiergebers reichlich exotisch. Ich vermutete gar einen Niederländer vor mir zu haben. Ja, ich musste eben noch viel lernen!

Ludger bewohnte mit seiner Frau und drei Kindern ein Eigenheim im Stadtteil Borghorst. Ich wurde begrüßt wie ein langjähriger Bekannter. Ansonsten hielten sich die Erwachsenen mit persönlichen Fragen wohlthuend zurück. Meine – lediglich auf Vorurteile beruhende -Befürchtung, den

ganzen Abend über DDR und Stasi Auskunft geben zu müssen, bewahrheitete sich keineswegs. Wie mir Ludger später verriet, standen weder er noch seine Frau Marlies in irgendeiner Beziehung zur früheren DDR. Das untergangene Land erschien der Familie nicht nur geographisch weit weg. Genau genommen war ich praktisch „ihr erster Ossi“. Ihre „Neugier“ beschränkte sich tatsächlich auf allgemeine Dinge wie Familie und Arbeit. Die Politik blieb außen vor.

Als der damals vierjährige Sohn meiner Gastfamilie erfuhr, dass ich einen Sohn in seinem Alter hatte, wich er nicht mehr von meiner Seite. Der Kleine wollte sofort wissen, warum ich meinen Sohn nicht mitgebracht habe.

„Ruf ihn doch einfach an“, schlug mir der Kleine vor. „Wir haben kein Telefon“, entgegnete ich. „Ihr habt kein Telefon?“, staunte der Junge. Woher sollte er wissen, dass im Osten Deutschlands ein Großteil der Haushalte über keinen Telefonanschluss verfügte. Ein Manko, das sich wie vieles jedoch bald ändern sollte.

Ich bemühte mich, alle Fragen geduldig zu beantworten. Der Kleine sollte sich während meines Aufenthaltes in Borghorst zu einem ebenso treuen, wie wissensdurstigen Begleiter entwickeln. ■

Was Uwe Bräuning während seiner ersten Nachtschicht im Westen erlebt hat, erfahrt ihr in der kommenden DP-Ausgabe, im zweiten Teil von „Rübergemacht – Ein Volkspolizist auf Westbesuch“.

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77 % % % %

www.fahrzeugkauf.com

Eure Meinung

ZU:

Der GdP-Wahlcheck 2021, DP 9/21

Ich freue mich immer wieder über die Aktivitäten meiner Gewerkschaft, wenn es um bevorstehende Wahlen geht und auch diesmal ist dieser Check sehr gelungen. Wenn ich allerdings lese, dass die SPD geschrieben hat, dass die Polizisten und Polizistinnen Anerkennung und Respekt für ihre Arbeit verdienen (und ich glaube, dass dies die Mehrheit der SPD-Mitglieder auch so sieht), dann frage ich mich, wie eine Frau Esken in den Parteivorsitz gewählt werden konnte, die die Polizisten und Polizistinnen als latent rassistisch eingestellt sieht. Ich habe meinen Studierenden an der Hochschule in Köln immer Toleranz beigebracht und bin stolz auf deren demokratische und anti-rassistische Einstellung. Vielleicht sollte die SPD mit der Bundestagswahl auch einmal einen neuen Bundesvorstand wählen.

Klaus Heller, Marienheide

Kontakt zur Redaktion

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-113
gdp-pressestelle@gdp.de

ANZEIGE

REISEMARKT



Action mit wasser-c-raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyon-tour €/Person 126,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

Buchtipps



Franz und Marie und die Körperpolizei®, Josefine Barbaric

JoBaVerlag, Hardcover, 15,90 Euro zzgl. MwSt. und Versandpauschale, zu bestellen unter www.josefinebarbaric.de/shop

PRÄVENTION GEGEN SEXUALISIERTE GEWALT AN KINDERN

Prävention ist Aufklärung und Schutz

Franz und Marie und die Körperpolizei® ein neues Aufklärungsbuch für Kinder von sechs bis zwölf Jahren.

Franz ist der kleine Bruder von Marie. Er fühlt sich von seiner Schwester nicht verstanden und abgewiesen. Eines Tages ist Franz ganz besonders böse darüber. So ergibt sich ein sehr offenes Gespräch mit seiner Mutter über körperliche Unterschiede, Intimbereiche und das Recht auf Abgrenzung.

Hintergrund: Die Veröffentlichung der Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik zum Thema „Sexueller Missbrauch an Kinder“ für das Jahr 2019, zeigen, dass etwa 30 Prozent der bei der Polizei registrierten Fälle von Minderjährigen (18 Jahren) selbst begangen wurden. Etwa 10 Prozent der Taten wurden von tatverdächtigen Kindern (bis 14 Jahren) begangen und etwa 20 Prozent von tatverdächtigen Jugendlichen. Kinder müssen von klein auf lernen, dass ihnen ihr Körper ganz alleine gehört, dass sie ein Recht haben, Nein zu sagen gegen unerwünschte Berührungen – selbst bei Verwandten. Dabei hilft die Körperpolizei®. ■

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 10 | 70. Jahrgang 2021
Magazin und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistent

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

picture alliance/dpa | Christophe Gateau

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 44 vom 1. Januar 2021.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeits in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

188.546 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

POLIZEILICHE BERUFSETHIK

Ein Studienbuch

Von **Ulrike Wagener**.

2. Auflage 2019

Umfang: 236 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 24,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0814-4

VDP e book

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 18,99 € [D]

Von Beginn an gehört es zum polizeilichen Berufsalltag, gezielt und systematisch über das eigene berufliche Handeln und die ihm zugrunde liegenden Maßstäbe nachzudenken. Dies erfordert von den Polizeibeamtinnen und -beamten die Fähigkeit zur Reflexion und eine ausgebildete ethische Kompetenz.

Ausgehend von Fallbeispielen leitet dieses Studienbuch zur ethischen Analyse polizeilicher Alltagspraxis und zur Reflexion des eigenen Berufsverständnisses an.

Im Einzelnen handelt die Autorin u.a. folgende Themen ab:

- Berufsbilder und Berufsmotivation,
- Achtung und Schutz der Menschenwürde als polizeiliche Aufgabe,
- die neuere Diskussion um die Folter,
- Menschenwürde der Polizeibeamtin/des Polizeibeamten,
- legitime und illegitime Gewalt,
- terroristische Anschläge und Amokläufe,
- Umgang mit Opfern und Tätern bei häuslicher Gewalt,
- Überbringen von Todesnachrichten, Umgang mit Hinterbliebenen,
- Verhältnis von Fürsorge und Selbstsorge,
- Umgang mit Stress und eigener Belastung.

Für die zweite Auflage wurde das Teilkapitel „Lebensbedrohliche Einsatzlagen“ neu aufgenommen, um die Herausforderungen durch die gegenwärtig hohe Anschlagsgefahr angemessen zu berücksichtigen. Außerdem wurde das Werk um neue Entwicklungen ergänzt und die Quellenangaben wurden aktualisiert.



DIE AUTORIN

Ulrike Wagener, Professorin für Berufsethik an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg in Villingen-Schwenningen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

VERKEHRSTRAFTATEN

Leitfaden für Ausbildung, Fortbildung und Praxis

Von **Bernd Brutscher**.



11. Auflage 2021

Umfang: 536 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 20,8 cm

Preis: 32,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0903-5

Das Legalitätsprinzip aus § 163 StPO verpflichtet die Polizei zur Verfolgung von Straftaten. Einen wesentlichen Anteil der Delikte nehmen in diesem Zusammenhang die Verkehrsstraftaten ein. In diesem Buch erläutert der Autor umfassend alle bedeutsamen Vergehen sowie deren Auswirkung auf Fahrerlaubnis und Führerschein des Täters. Der Leser findet somit alle wesentlichen Informationen zum Führen von Fahrzeugen, zum Thema Alkohol und Drogen im Straßenverkehr, zum Fahrerlaubnisrecht, Fahrverbot und Fahrerlaubnisentzug sowie den einzelnen Verkehrsstraftaten aus Strafgesetzbuch, Straßenverkehrsgesetz, Kraftfahrzeugsteuer- und Pflichtversicherungsgesetz.

Für die 11. Auflage wurde der Band überarbeitet und ergänzt sowie Rechtsprechung, Gesetzgebung und Literaturmeinungen auf den aktuellen Stand gebracht. Insbesondere wurden die Änderungen im Fahrerlaubnisrecht berücksichtigt und die Statistiken, vor allem auch zur Rauschgiftkriminalität, aktualisiert.



DER AUTOR

Bernd Brutscher, Polizeirat a.D., Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre an der Fachhochschule für Verwaltung des Saarlandes.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de